

FLZ Nr. 1-2023  
Jahrgang 44  
Januar 2023



ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL- ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH

### Kein A 13 für Grundschullehrkräfte



Über 2.000 Lehrkräfte haben am 12. November 2022 in Frankfurt am Main ein klares Signal an die hessische Landesregierung gerichtet.



12. November  
2022  
in Frankfurt

Überlastung für alle

### Und weiter geht's in 2023!!!

Über 2000 Kolleg\*innen demonstrierten am 12. November 2022 gemeinsam für A 13 für Grundschullehrkräfte, gegen Fach- und Lehrkräftemangel und gegen die immer weiter steigende Arbeitsbelastung – das war sehr gut, so die Meinung vieler, mit denen wir auf der Demonstration gesprochen haben, und auch unsere Einschätzung.

Und ein wichtiges Signal an diese und die zukünftige Landesregierung. So wie es aktuell ist, kann es nicht bleiben. Es muss spürbare Verbesserungen geben. Aber die werden nicht von allein kommen. Deshalb werden wir auch 2023 deutlich darauf hinweisen müssen.

Wie wir das machen werden, möchten wir gemeinsam mit euch überlegen: Ab dem März 2023 organisiert die GEW in mehreren bes-

stimmten Städten Aktionskonferenzen, zu denen Personalräte und Vertrauenspersonen eingeladen sind, um über aktuelle Entwicklungen zu informieren. Hier wird es so einiges geben, denn sowohl für den Bereich der Arbeitzeiterfassung als auch beim Kampf um das Beamtinnenstreikrecht sind Anfang 2023 neue Entwicklungen zu erwarten.

Wir werden aber auch darüber diskutieren, wann, wo und wie wir mit welchen Veranstaltungen in Aktion treten werden.

Die Frankfurter Aktionskonferenz wird am 15. März 2023 im Saalbau Südbahnhof stattfinden und wir hoffen darauf, dass sich viele daran beteiligen.

Laura Preusker  
und Sebastian Guttmann

### Eklatanter Lehrkräftemangel



# Überlegungen zur Landtagswahl im Herbst

Für die GEW gilt dies beispielsweise für ihre Forderung nach A13 für Grundschullehrkräfte. Für die GEW ist es kaum vorstellbar, dass sich eine zukünftige Landesregierung in Hessen weiterhin gegen den Bundestrend und zuletzt gegen eine entsprechende Vereinbarung von Schwarz/Grün in NRW stellt und diese Bezahlung weiterhin verweigert, zumal auf dem Hintergrund, dass Hessen noch mehr Probleme an den Grundschulen bekommt, wo doch aus Nachbarländern bereits abgeworben wird und Gymnasiallehrkräfte an Grundschulen wieder sich selbst nach den Kindern wickeln müssen. Wie auch der Beitrag auf Seite 10 zeigt.

Vermeidlich wird die Landtagswahl – auch aufgrund der veränderten Anforderungen in den Bildungseinrichtungen – hier eine Veränderung bringen; und die GEW wird sich diesen Schritt auf ihrem Aktivitätskonto gutschreiben dürfen. Leider gäbe es für Parteien, die dies eigentlich nicht wollen, immer noch viele Möglichkeiten, auch dies zu verschleiern.

## Hat eigentlich jemand die „Attraktivitäts-offensive für den Lehrerberuf“ gesehen? Irgendwo?

Zur Erinnerung an die zu Ende gehende 20. Legislaturperiode seien die entsprechenden Passagen aus dem noch aktuellen Regierungsprogramm von CDU/Grünen unter dem schönen Titel „Aufbruch im Wandel durch Haltung, Orientierung und Zusammenhalt“ zitiert:

„In Zusammenhang mit der Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes werden wir auch prüfen, ob eine zeitnahe Ausweitung des Bildung 6-semesterigen Lehramtsstudiums für Grundschulen erforderlich ist.“

Qualifizierte Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sind eine Bereicherung für die hessischen Schulen. Sie leisten einen wertvollen Beitrag für eine praxisnahe Ausbildung unserer Kinder. Wir haben Vertrauen in die Entscheidung der Schulleiterinnen und Schulleiter, pädagogisch geeignete Personal einzusetzen. Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger wollen wir durch passgenaue Fortbildungen für ihren Einsatz an der Schule qualifizieren. (...)

Wir wollen, dass sich Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer neben der derzeitigen dreijährigen berufsbegleitenden Weiterbildung auch in einem einschuligen Vollerzeitqualifizierungsprogramm zum Grundschullehrer qualifizieren können.

Mit einer Attraktivitäts-offensive für den Lehrerberuf wollen wir für mehr Wertschätzung in der Öffentlichkeit sorgen. (...)

Im Herbst wird der hessische Landtag neu gewählt. Wie immer bei Wahlen kommt dann bei denjenigen, die mit der Regierung unzufrieden sind, die Hoffnung auf, mit der Wahl etwas ändern zu können.

Das hat natürlich seine Logik darin, dass den Regierungsparteien das Vertrauen entzogen werden kann und die Stimmen stattdessen denjenigen Oppositionsparteien gegeben

werden können, die die Unzufriedenheit auflösen und die jeweiligen Forderungen zu übernehmen versprechen. Die Erfahrungen wissen aber, dass Versprechen und ihre Erfüllung „zwei Paar Stiefel“ sein können. Was aber, wenn sich Oppositionsparteien und Regierungsparteien kaum noch unterscheiden?

Auch dafür haben erfahrene Gewerkschafter eine (wenn

auch kleine) Lösung: Wenigstens könne der Wahlkampf wegen der erhöhten medialen Aufmerksamkeit und dem Bestreben der Parteien, möglichst viele Stimmen zu bekommen, genutzt werden, um die Forderungen wenigstens (besser) ins öffentliche Bewusstsein und damit ins Bewusstsein der Wählerinnen zu heben.

Soweit, so logisch. Aber reicht das?

Wir sehen die Debatte um eine einheitliche Eingangsbesoldung für alle Lehrerinnen und Lehrer nach A13. Angesichts der Kosten ist eine zeitnahe Realisierung nicht oder nur zu Lasten anderer Projekte möglich. Wir halten in dieser Frage ein abgestimmtes und einheitliches Vorgehen der Bundesländer für sinnvoll. Auch um den Lehrbedarf für unsere Schulen zu sichern und Abwanderungen zu vermeiden, werden wir zu diesem Thema das Gespräch mit unseren Nachbarbundesländern suchen.“

Mit einem „Gespräch“ dürfte das Maß an Zugeständnissen dann auch schon erfüllt sein. Und dies hat Gründe, über die nicht so gern öffentlich geredet wird. Sie sollen

lende Geld“: Die verfassungskonforme Besoldung könne „in Abwägung mit haushaltsrechtlichen Erwägungen“ nicht hergestellt werden ... Hessen habe „weitere gleichrangige und vergleichbar haushaltsaufwändige Aufgaben zu tragen und zu finanzieren, so der Klima- und Umweltschutz, die Bekämpfung der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie die Inflation.“ So CDU und Grüne unisono.

Wenn ein Urteil zur Verfassungskonformität wegen der Finanzen anscheinend nicht erfüllt

gierungseintritt mit der CDU 2014 von ihren steuerpolitischen Umwertungen verabschiedet haben (die FLZ 4/2013 hat berichtet), sorgen sie im Gleichklang mit der CDU im Landtag dafür, den noch verbliebe-

## Weshalb werden eigentlich die Vorschläge von Gewerkschaften und alternativen Wirtschaftspolitikerinnen so selten aufgegeben?

Darauf gibt es mehrere Antworten.

### 1. Die gesellschaftliche Macht- und Einflusspyramide

Die erste Antwort: Das eine Prozent, das über mehr (insbesondere des Produktiv-) Vermögen verfügt als die Hälfte der Bevölkerung, möchte nicht, dass sich daran etwas ändert. Und Vermögen ist hier durchaus doppeldeutig zu verstehen: Wer vermögend ist, vermag auch viel. Er oder sie können sich Think-Tanks, Lobbyisten, Medien usw. leisten. Sie vergeben Arbeitsplätze und Lebenschancen. Vor allem aber sind ihre Ansichten „systemrelevant“. Viele in der Mittelschicht wissen das irgendwie und sind vielleicht hin- und hergerissen, fühlen sich aber nicht in der Lage, das zu ändern, sondern versuchen stattdessen, ihren Status irgendwie zu verteidigen.

An diesem Zustand etwas zu ändern, ist auch schwer. Manchmal gibt es aber Chancen.

### 2. Seltene Chancen werden vertan – das Beispiel von 2008

So eine Chance war die Landtagswahl vom 27. Januar 2008. Zum ersten Mal gab es die Möglichkeit, eines an alternativer Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik in Regierungshandeln zu übertragen. Die SPD war unter ihrer Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti und dem designierten Wirtschaftsminister und alternativen Nobelpreisträger Hermann Scheer (Solarenergie-Aktivisten), aber auch einem ausgewiesenen Bildungsfachmann (Dieter Dohmen) mit der CDU fast gleichgezogen (0,1 Prozent weniger). Ypsilanti hoffnung, mit der klaren Aussage, „nicht mit der Linken“ regieren zu wollen, den Einzug der Linken in den Landtag zu verhin-



deshalb näher beleuchtet werden, damit gewerkschaftliche Aktivitäten nicht ins Leere laufen!

### Wenn selbst Gerichtsurteile ignoriert werden

Nehmen wir die Bezahlung für geleistete Arbeit. Auf Seite 11 stellen DGB und GEW dar, dass selbst das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs von 2021 nicht umgesetzt wurde, wonach der nach den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts verfassungsrechtlich gebotene Mindestabstand zur Grundversicherung in Hessen seit 2013 (!) durchgängig unterschritten wurde.

Dafür gibt es – wie immer in solchen Fällen – den Hinweis auf „feh-

werden muss, dann lohnt es sich doch, genauer auf die Finanzpolitik zu schauen.

Bei der Ausgabenseite müssen wir feststellen, dass weder bei Flughäfen gesparrt wird (drittes Terminal in FFM, keine Schließung von Kassel-Calden) noch bei Autobahnen noch bei den millionenschweren Entscheidungen für die Schließung von Biblis (Puttrich) noch bei den (ursprünglich ausgeschlossen) Nachschüssen an den Asklepios-Konzern für die Uniklinik Gierke-Marburg von einer halben Milliarde Euro.

Bei der Einnahmenseite sieht es noch schlechter aus. Nachdem sich die Grünen bereits zum Re-



nen Einsatz der Linken für die Gewerkschaftsforderungen zur Steuer- und Finanzpolitik in Häme und Beschimpfungen untergehen zu lassen. Auch dies wurde in einem FLZ-Beitrag zu einer entsprechenden „Aktuellen Stunde“ im Landtag ausführlich dargestellt (FLZ 3/2020). (Alle FLZ-Ausgaben sind übrigens auf der Homepage des GEW BV FFM zu finden und können auch gerne für den Politik-Unterricht genutzt werden.)

Ohne eine andere Finanzpolitik, wie wir sie als Gewerkschaften fordern und in unzähligen Publikationen, Presseerklärungen und Veranstaltungen immer wieder veröffentlichten, kommen wir aber weder bei guten Arbeitsbedingungen noch in der Bildungspolitik weiter, von einer verfallenden Infrastruktur ganz zu schweigen.

Das scheint sich aber bei Wahlen nicht auszuwirken, weder bei der CDU noch bei den Grünen. Selbst die nebenstehende Liste ändert daran nichts. Das muss Größere daran. Und die hängen wiederum mit der Antwort auf folgende Frage zusammen:

den und alle Stimmen auf die SPD zu lenken, erfüllte sich nicht: die Linke zog zum ersten Mal in den hessischen Landtag ein. Und der Druck der Gewerkschaften, aber auch vieler Parteimitglieder in der SPD, den Grünen und der Linken für den Versuch einer alternativen Politik wurde so groß, dass Ypsilanti entweder ihr eines Wahlversprechen („nicht mit der Linken“) revidieren oder auf ihre inhaltlichen Wahlversprechen verzichten musste. Sie entschied sich für ersteres. Und damit brach ein – so würde man es heute bezeichnen – Störnismus über sie herein, und zwar in den öffentlichen Medien, die ihr das Etikett „Lüglistan!“ verpassten.

Als wenn es vorher und nachher nie den Fall gegeben hätte, dass Wahlversprechen gebrochen wurden, so wirkmächtig wie heulerrisch war die Kampagne gegen sie.

Immerhin wurden in der Zwischenzeit bis zur vorgesehene Wahl von Ypsilanti zur hessischen Ministerpräsidentin und der vorgesehene Ablösung von Roland Koch, CDU noch die Studiengebühren abgeschafft. Zur Wahl kam es aber nicht mehr, weil vier hessische Landtagsabgeordnete der SPD ihrer Spitzenkandidatin noch gerade rechtzeitig ein Bein stellten.

Damit war auch diese seltene Chance verfallen. Das erklärt zum Teil auch die Abneigung der Grünen, sich weiterhin auf die SPD zu verlassen. Denn nach der Landtagswahl vom 22. 9. 2013 hätte es eine weitere Chance auf Rot-Rot-Grün gegeben, und mit Mehrheiten von immerhin zwei Stimmen.

Aber da entschieden die sich Grünen lieber für die CDU mit Ministerpräsidentin Bouffier an der Spitze. Die Folgen finden sich im Kasten rechts.

Mit dem Verhalten der SPD allein lässt sich die Entscheidung der Grünen für die CDU allerdings nicht erklären. Denn schon lange vorher entschieden sich die Grünen im Frankfurter Römer (und Frankfurt war in solchen Fällen tonangebend) dafür, mit der CDU zu regieren. 2001 zunächst sogar für ein Bündnis mit der FDP unter Führung der CDU, das aber nicht zustande kam; stattdessen regierte im Frankfurter Römer von 2001 bis 2006 ein Viererbündnis (CDU, SPD, Grüne, FDP), wieder abgelöst von 2011 bis 2016 durch CDU-Grüne, 2016 bis 2021 dann als Dritte unter CDU und SPD. Und als nach der Kommunalwahl 2021 die Grünen als führende Koalitionspartei die Wahl hatten, entweder die FDP oder die Linke in die Koalition zu nehmen, entschieden sie sich klar für die FDP.

**3. Markt vor Staat**  
Kenner der politischen Entscheidungen wunderte das nicht, denn die Grünen in Frankfurt und in Hessen eint mit der CDU – und noch mehr der FDP – die Bevorzugung des Marktes als Entscheidungsstruktur vor staatlicher oder kommunaler Lenkung. Was verwunderlich ist, weil die notwendige ökologische Umsteuerung ohne staatliche und kommunale Lenkung nicht zu machen ist. Während in allen Krisen nach dem Staat gerufen wurde, blieben die Grünen eher marktglaublich. Wie dieser Widerspruch öffentlich nicht genau thematisiert wird, sollen Beispiele aufgeführt werden:

n Nach den Verhaftungen im Zusammenhang mit Korruption bei der privatisierten Schulreinigung und der Forderung nach Rekom-

## Was die Hessen-Grünen so alles auf sich genommen haben, um ein guter Partner der CDU zu sein – Oder teilen sie es?

Sie haben

n In Person des Wirtschaftsministers beim Ausbau des Frankfurter Flughafens (wie auch beim Flughafen Kassel-Calden) alles abgenickt, was die Bouffier-CDU, die Luftverkehrunternehmen und Fraport wollten, Fluglarm inklusive der nicht bekämpften, sondern umverteilt („Lärmpausen“) und mit dem bereits abgenickten Terminal 3 weiter zuzunehmen wird,

n In Person der Umweltministerin die weitere Versäuerung der Werra durch K&S widerstandslos in Kauf genommen („Erfolgswiderstand“) der Umweltministerin Hinz: Die Werra soll bis 2075 (!) Frischwasserqualität erreichen),

n In Person derselben Umweltministerin Hinz ihrer Amtsvorgängerin Puttrich (CDU) einen Persilschein hinsichtlich der millioenschweren Entschädigungszahlungen an RWE (Betreiber des AKW Biblis) ausgestellt,

n Klagen hessischer Städte gegen Diesel-Fahrverbote unterstützt,

n sich Abschiebungen von Flüchtlingen ins Auswärtiges und Terrorversuche Afghanistans nicht widersetzt,

n im Skandal um die NSU-Morde und die Rolle des einseitigen Innenministers und späteren Ministerpräsidenten Bouffier sowie des Landesamts für Verfassungsschutz vasallentreu zu Bouffier gestanden,

n im jüngsten hessischen Polizeiskandal die Auslösungs-Politik von Innenminister Beuth (CDU) stillschweigend hingenommen, ebenso die Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille durch Bouffier an den Vorgänger Roland Koch,

n die Sparpolitik der CDU auf dem Rücken der öffentlich Bediensteten (diverse Nullrunden, verzögerte und verringerte Besoldungen, Arbeitszeitarbeitpassungen) mitgetragen und

n die Rücküberführung der privatisierten Uniklinik Gießen- Marburg in die öffentliche Hand bisher hartnäckig verhindert.

n Und vor 20 Jahren hätten die Grünen zusammen mit der CDU und der FDP für 100 Jahre den Besitz an der Frankfurter U-Bahn an US-Investoren übertragen und die U-Bahn zurückgeleast („Cross-Border-Leasing“), wenn nicht ein erfolgreich gestartetes Bürgerbegehren und die grüne Basis Solches verhindert hätten.

n Mit dem Verkauf des Technischen Rathauses der Stadt Frankfurt an die Deutsche Bank und der Zurückmietung durch die Stadt (Sale and lease back) hatte schon der erste grüne Kämmerer einer deutschen Großstadt (Tom Koenigs) Schiffbruch zu Lasten der Stadtkasse erlitten. Manche fanden es damals aber „revolutionär“, sich einen Berater der Deutschen Bank in die Kämmererei zu holen.

### 4. Wer sich die großen Vermögensverwalter und Privatisierer ins Haus holt, muss sich nicht wundern!

Heute ist das leider üblich geworden: Der Bundeskanzler Olaf Scholz ist ein ehemaliger Manager von Goldman Sachs als Staatssekretär eingestellt; Friedrich Merz war bis vor kurzem Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock Deutschland. Und ganz jünger hat sich auch Robert Habeck eine Expertin von BlackRock geholt: Elga Bartsch soll im Wirtschafts- und Umweltministerium bei Robert Habeck die Leitung der Grundsatzabteilung „Wirtschaftspolitik“ übernehmen. Die Ökonomin habe schließlich lange als europäische Chefvolkswirtin von Morgan Stanley gearbeitet und zuletzt die Abteilung für Wirtschafts- und Marktforschung beim Vermögensverwalter BlackRock geleitet, wie die FAZ vom 17. 11. 2022 meldet.

Für diejenigen, die BlackRock nicht kennen, sei das Buch von Werner Rügemeier empfohlen „BlackRock enteigenen“.

BlackRock macht weltweit Management, organisiert die möglichst schnelle und hohe Vermehrung des Reichtums seiner Kunden, der Superreichen, der Multimilliardäre und Multimilliardäre, aber auch der Staats- und Pensionsfonds, die die private Altersvorsorge von Millionen Beschäftigten managen.

BlackRock ist der größte Eigentümer von Aktien in Deutschland, gehört zu den führenden Aktoriären aller 40 DAX-Konzerne, von Siemens, Deutsche Bank und Commerzbank, RWE und Bayer, von Daimler, vom größten Wohnungskonzern Vonovia über den zweitgrößten Wohnungskonzern Deutsche Wohnen bis zum dritgrößten Wohnungskonzern LEG und so weiter. Und die DAX-Konzerne schütten zuletzt für das angebliche Krisenjahr 2021 soviel Gewinne an die Aktionäre aus wie noch nie, wie die FAZ vom 24. 9. 2022 berichtet.

Mit einer solchen Grundausrichtung erklärt sich auch, weshalb es weder in ökologischen Fragen noch in der Umverteilungsfrage noch in der Bildungs- oder Infrastrukturfrage vorangeht.

Vielen sind diese Zusammenhänge aber weder bekannt noch geläufig, weil sie in den Medien so nicht beleuchtet werden.

Solches ließe sich aber durch ein gewisses Grad aber durch Aufklärung ändern, vielleicht auch im Politikuterricht.

Fatal wird es aber erst dann, wenn die Menschen in ihrer Mehrzahl glauben, die praktizierte Politik sei im Grunde alternativlos. Und die sich deshalb bei ihrer Wahl auch nicht nach Alternativen umsehen, innerhalb und außerhalb von Wahlen.

Die Wahlprognosen für Hessen bestätigen eher die derzeit praktizierte politische Linie. Und mit dem Ausscheiden der Linken würde auch der letzte Rest einer neuemwertenen steuerpolitischen Alternative aus dem hessischen Landtag verschwinden. *Herbert Storn*



## Der Wahnsinn hat Methode

Ob es die Erweiterung der A3 und der A5 rund um Frankfurt ist, die demnächst jeweils noch eine Spur dazubekommen sollen und dann 4- und 5-spurig plus Standstreifen sein werden, ob es die Bahn-Unterumleitung Frankfurt ins Talbeinhorn an Hauptbahnhof ist, die aber es die Verbindung der A66 mit der A661 inklusive des 1,1 km langen Riederwaldtunnels ist: der Wahnsinn hat Methode.

Was vor mehr als 40 Jahren geplant wurde, muss durchgezogen werden, so die Auskunft der amtlichen Stellen. Die Großstadt leidet zwar seit Jahren unter Verkehrslärm, Feinstaub, CO<sub>2</sub>-Belastung und seit mindestens drei Jahren für alle spürbar unter dem Klimawandel, aber soll die „Verantwortlichen“ nicht hindern, noch mehr Verkehr anzuziehen und alternative Plätze zu Straßen und Gleisführungen abzuschneiden.

Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die Interessen der zukünftigen Generationen bezüglich einer lebenswerten Umwelt in den Vordergrund rückt, gilt nicht für 40 Jahre alte Planungen, so die lapidare Auskunft. Da kann man nichts machen. Mehr Straßen bedeuten aber mehr Autovehikel, im Gegensatz zur landläufigen

Meinung, sie entlasteten die Menschen. Es wird Zeit, sich wieder einmal zu wehren.

Im Riederwald haben Naturschützer\*innen Baumhäuser gebaut und sind fest entschlossen, die Bäume, die noch (im Gegensatz zu andersorts in Frankfurt) relativ gesund sind, gegen die Rodungsarbeiten, die für Anfang 2023 geplant sind, zu schützen. Jeden Sonntag finden um 14 Uhr sehr informative Waldspaziergänge statt. Viele Organisationen und Einzelpersonen beteiligen sich daran und sind bereit, sich quer zu stellen, die Initiative hilft auf Mitstreiter\*innen, wenn der Tag X kommt. Neueste Entwicklungen sind auf folgender Seite zu finden: stopp-a66-riederwald.de

Wir sollten auch unsere Stimme erheben gegen die Kriminalisierung von Menschen, die sich gegen diesen Wahnsinn einsetzen, zum Teil unter Hinnahme von Verletzungen an eigenen Körper: Terroristen sind diejenigen, die gnadenlos Bäume fällen, Beton in den Boden kippen, Flächen versiegeln, anderen Lebewesen ihren Lebensraum nehmen und damit das Zusammenspiel der Natur zerstören.

Marianne Friemelt

munalisierung derselben findet man eher Beifall bei der CDU als bei den Grünen.

n Der grüne Gesundheitsdezernent unterstützt das Outsourcen der Klinikapotheke bei dem gemeinnützigen Großkrankenhaus Frankfurt. Höchst an eine private Apotheke, obwohl Klinikapotheken gesundheitspolitisch in die Klinik gehören, und außerdem deren Einnahmen steigen.

n In Hessen widersetzt sich die grüne Hochschulministerin einer Rückführung der Uniklinik Gießen-Marburg vom Aklepties-Konzern in die öffentliche Hand und ist dafür bereit, in den nächsten Jahren eine halbe Milliarde Euro locker zu machen. Und das, obwohl bei der Privatisierung unter Roland Koch die Vereinbarung war, keine weiteren öffentlichen Mittel mehr zuzuschießen. Kliniken sollen generell nicht der Gewinnmaximierung unterliegen. Dies gilt erst recht für eine Universitätsklinik! Nicht so in Hessen. Die Grünen haben 2006 zusammen mit CDU und FDP die großen Unternehmen in Frankfurt durch eine Senkung des Gewerbesteuerhebzates mit rund 100 Millionen Euro entlastet. Damit haben sie seit 2007 inzwischen auf fast 2 Milliarden Euro Steuereinnahmen verzichtet. Und da sage noch jemand, es sei kein Geld da.



# Aus dem Ausschuss

berichten Ingeborg Ulrich und Christina Avellini



## Ausschuss für Bildung und Schulbau (B)

Der Ausschuss berät und entscheidet über Angelegenheiten und Belange aus den Bereichen: Schule, Volkshochschule, Kindererstattungen, Stadtbüchereien, Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung

Er setzt sich gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Juli 2021 aus 21 Mitgliedern zusammen: 5 GRÜNE, 5 CDU, 4 SPD, 1 LINKE, 1 FDP, 1 AfD, 1 Volt, 1 Öko-LINX-ELF, 1 BFF-BIG und 1 FRAKTION.

Alle Dokumente aus dem PARLAMENTINFORMATIONSSYSTEM der Stadt Frankfurt am Main unter: <http://www.stvk.frankfurt.de/parli12/parli1.html>

### Bericht vom 13. September 2022

#### Präsentation der Stadtbibliothek

Im Dezember erfolgte die Neueröffnung in Schwanheim, für Bergen-Enkheim wird ein neuer Standort gesucht. Die Stadtbibliothek unterstützt und organisiert viele Schulbibliotheken, die auch einen Zugang zu neuen Technologien bieten und iPad-Workshops durchführen. Zusätzlich gibt es die mobile Mediawelt, das „Mega!“-Projekt. Es wird festgestellt, dass das Publikum noch nicht so zurückgekehrt ist wie vor Corona-Zeiten.

Es gibt Angebote für Senior\*innen: eine Kooperation mit der Uni FFM zur Universität des dritten Lebensalters findet statt z. B. über Lesungen. Für einen dritten Bücherbus bräuhete es neues Personal, das sowohl die Fahrerlaubnis für einen Bus als auch bibliothekarische Kompetenzen besitzt. Somit gestaltet sich die Personalsuche als sehr herausfordernd, die Stadt müsse neben der Finanzierung eines weiteren Bücherbusses auch die des Personals einplanen.

#### Bericht der Dezermenten: Es geht voran!

Das **Gymnasium Süd** ist in Sachsenhausen in dem Gebäude der ehemaligen Walksule 6-zügig gestartet. Es gibt zwei Schwerpunkte: MINT und ein bilinguales Englischangebot. Der ehemalige Standort soll das ehemalige Stadtschulamt in der Seebostraße mit Turnhalle und Oberstufe sein.

Die **Carlo-Mierendorff-Schule** ist zunächst mit einer vierzügigen Oberstufe gestartet. Sie wird letztendlich 8-zügig sein.

An der **Mühlbergschule** konnte die Jahrgangsstufe 1 in den sanierten Altbau zurückkehren. Die Schule

hat jetzt zwei Sporthallen und genug Klassenräume für eine 5-Zügigkeit.

**Auslieferung der Luftfiltergeräte:** An 50 Schulen wurden diese bereits geliefert und an weiteren 95 wurde der Standort für die Filter eruiert. Es gibt teilweise Probleme mit Provisoren, mit der Tragfähigkeit der Geschosssdecken.

**WLAN:** 152 Schulen sind inzwischen mit WLAN ausgestattet; freies WLAN in der Stadtbibliothek vorhanden.

Das Bundesprogramm der **Sprachkitas** läuft aus. 18 Sprachkitas sind bei Kita Frankfurt; insgesamt gebe es 83 Sprachkitas bei anderen Trägern. Frau Weber sieht es kritisch, wenn pro Kita eine halbe Stelle, die nachhaltig zur Sprachförderung der Kinder beiträgt, nicht mehr finanziert werde. Es sei die schlechteste Zeit, um diese gut etablierte und erfolgreiche Sprachförderung zu reduzieren ... auch im Hinblick auf die geflüchteten Kinder und Jugendlichen. Zur Einrichtung einer deutsch-ukrainischen Kita oder eines Kindergartens gibt es noch keine Überlegungen.

**Uhlandschule:** Eine Begehung hat stattgefunden. Im Schuljahr 23/24 sollen ein Mensaccontainer, sechs Container in Klassengröße und ein Bürocontainer aufgestellt werden.

**Diesterwegschule:** Es musste eine kurzfristige Auslagerung geben. Die Gestaltung des Außengeländes werde im November fertig sein; die Straße wurde kurzfristig gesperrt, um von der Schule als Ersatz für das fehlende Außengelände nutzbar zu sein; zusätzlich werde das Kitagelände mit genutzt werden können.

#### Luftfilter

Inwiefern werden auch Energieeinsparungsmaßnahmen beim Betrieb der Luftfilter zum Tragen kommen? Es werde zusammen mit dem ABI und dem Stadtschulamt über Empfehlungen an die Schulen beraten, die der Situation angepasst sein wer-

den. Zunächst werde empfohlen, die Luftfilter nicht in Betrieb zu nehmen; erst ab dem 1. Dezember sollen die Luftfiltergeräte je nach aktueller Lage in Betrieb gehen. Das Problem sei, dass man diese Geräte nicht ständig an- und ausschalten solle. Es solle eine Beratung für die Schulen geben und die Lehrkräfte sollen für ausreichende Belüftung mit Durchzug sorgen.

**Meine Anmerkung:** Es ist unfassbar, dass die Lehrkräfte mal wieder unterstellt bekommen, dass es sie sind, die nicht für ausreichende Durchlüftung sorgen!

Laut Frau Weber sollen die Kinder weder im Sport- noch Schwimmunterricht frieren. Der Schwimmunterricht solle nicht ausfallen.

### Bericht vom 10. Oktober 2022

#### Sicherung des Schulsportzentrums „Rudern“

Der Stadtelternbeirat und der Elternbeirat sowie die Schulleitung der Schillerschule fordern den Erhalt des Ruderstützpunktes mit der Rudergemeinschaft Germania. Die seit Jahren erfolgreiche, langjährige Partnerschaft von Schillerschule und Ruderverein ermöglicht ein Abitur mit dem Schwerpunkt Rudern. Die Schülervertretung betont, dass viele ehemalige Absolvent\*innen auf hessischer, nationaler und internationaler Ebene bei Meisterschaften die Stadt Frankfurt erfolgreich vertreten haben. Diese Partnerschaft wird auch vom Land Hessen finanziell unterstützt. Umso verständlicher sei es, dass der Schwerpunkt Rudern an die Carl-von-Weinberg-Schule ausgelagert werden soll. Das Schulsportzentrum solle in ein Talentzentrum umgewandelt werden. Die Schüler\*innen hätten so nicht mehr die freie Schulwahl, müssten ihr Abitur an einer IGS ablegen, wenn sie den Schwerpunkt Rudern nicht aufgeben wollten.

Frau Weber sagt dazu, dass sie über die Auslagerung nicht informiert ist. Es sei nicht einzusehen, warum so ein erfolgreiches Projekt geändert werden solle, vor allen Dingen da es seit diesem Jahr ein inklusives Angebot gebe, wo für die Paralympics vorbereitet werde. Auch in der Nachmittagsbetreuung ist die Rudergemeinschaft eingebunden. Der Förderverein der Schillerschule sei nicht mehr bereit, das Nachmittagsprogramm zu unterstützen, wenn der Schwerpunkt Rudern an der Schillerschule aufgelöst werde. Frau Weber sagt zu, da die Landesebene zuständig sei, mit dem Kultusminister schriftlich Kontakt aufzunehmen.

#### Container für die Ziehschule

Der Schulleiterbeirat und die Schulleitung der Ziehschule fragen nach dem Aufstellen von weiteren Containern, die dringend benötigt werden. Sie möchten Infos zu einem angeordneten Abriss des Gebäudes hinter der Schule, dem Depot.

Frau Weber teilt mit, dass es einen Architektenwettbewerb gegeben habe, es einen Siegerentwurf gebe, der ab dem 14. Oktober im ABI ausgestellt werde. Die Jury entschied einstimmig. Es soll dazu ein Presseinfo und eine Einladung geben. Sie stellt klar, dass das Gelände bereits vermessen war und dann die Frage nach Aufstellung der Container erst geklärt werden konnte, nachdem der Architektenentwurf vorlag. Das Baufeld ist nun geklärt, das Depot und der Schulgarten müssten nicht abgerissen werden. Auf dem Gelände der Baracken wird die maximal mögliche Anzahl an Containern aufgestellt werden.

#### Erste Frankfurter Schulschwimmwoche

Diese Schulschwimmwoche, als Projektwoche durchgeführt, bot deutlich mehr Wasserflächen für das Schulschwimmen für Kinder aus dem ersten und zweiten Klassen. Es nahmen neun Schulen teil, interessanter waren doppelt so viele Schulen. Ca. 100 Schüler\*innen nahmen teil. Die Betreuung wurde teilweise von den Schülern oder durch Personal der Bäderbetriebe übernommen. An Sonderterminen wurden und werden Schwimmbezeichnungen aller Kategorien abgenommen.

Der Stadtelternbeirat fordert deutlich mehr Schwimmflächen. Das Schwimmbad der Dahlmannschule ist zum zweiten Mal defekt, die Wöhlerschule hat seit 15 Monaten kein Schwimmbad mehr, seit drei Jahren ist das Schwimmbad der Liebigschule wegen Legionellenbefall nicht nutzbar; für das Gym-

nasium Nord ist kein Schwimmbad geplant. Man solle sich doch mal anschauen, dass in Berlin ein Schwimmbad in Leichterweisen mit einer 25m-Bahn entstanden sei. Die Bauzeit habe nur ein halbes Jahr betragen.

**Korruption bei der Schulreinigung**  
Die Verträge mit der in die Korruption verstrickten Firma Alpern wurden fristlos gekündigt; gegen den Firmenchef und gegen einen Mitarbeiter der Stadt wurden Strafverfahren eröffnet; zwei in die Angelegenheit verwickelten Hausmeistern wurde gekündigt.

Frau Weber teilt weiter mit, dass es Gespräche mit dem ABI und dem Revisionsamt gebe. Auf Basis der noch ausstehenden strafrechtlichen Ermittlungsergebnisse werde es eine gemeinsame Diskussion zwischen den beteiligten Ämtern zu strukturellen Veränderungen geben.

Kurzfristig sind andere Reinigungsfirmen nach den Sommerferien für die ausstehenden Reinigungsaufträge eingeschrieben. Die Reinigungsaufträge der Firma Alpern werden europaweit ausgeschrieben.

Frau Pauli (Linke) thematisiert eine Rekommunalisierung der Schulreinigung. Frau Weber ist dieser Forderung gegenüber sehr aufgeschlossen. Sie befürworte eine tarifgerechte Bezahlung sowie ein sozialversicherungsähnliches Beschäftigungsverhältnis über die Stadt, das der Korruption entgegenwirke. Die Beschäftigten wären so auch besser in die Schulen eingebunden. Dazu erfolge zeitnah eine Machbarkeitsstudie.

#### Integrierter Schulentwicklungsplan (ISEP) der Stadt Frankfurt am Main 2020 – 2029

Der Stadtelternbeirat fragt nach der Datengrundlage für den ISEP; es würde eine Oberstufe in der Bildungsregion Ost fehlen. Die CDU fordert mehr KGs, mehr H/R-



# für Bildung und Schulbau

Schulen, die im ISEP nicht aufgeführt seien.

Frau Frank (Grüne) sagt, dass für das Gymnasium Ost (Günthersburghöfe) die Frage nach der Versiegelung des Geländes entscheidend sei; es müsse eine Ausgleichsfläche für die durch den Schulbau entstehende versiegelte Fläche gefunden werden.

Frau Weber wehrt sich gegen Vorwürfe wegen mangelnder Kommunikation: es gab sechs Sichtungsvorstellungen, an denen die Schulleitungen und Ortsbeiräte teilnehmen konnten (es gab keine Teilnehmerbegrenzungen); im September und Oktober 2021 haben 135 Personen an diesen Veranstaltungen teilgenommen. Argumente und Anregungen aus diesen Runden wurden eingearbeitet; der jeweilige Diskussionsstand wurde unter „Frankfurt macht Schule.de“ öffentlich gemacht, am 26. Oktober 2021 wurde dem GPRS und dem SEB ein erster Entwurf des ISEP vorgelegt. Am 17. Januar 2022 wurde dem Ausschuss für Bildung und Schulbau, der damals im Goethegymnasium tagte, der ISEP vorgestellt. Weitere Anregungen sind eingeflossen. Der ISEP wurde zusammen mit der Stellungnahme vom SSA an das Kumi geschickt. Die Bedarfsermittlung erfolgte auf Grundlage der Bevölkerungsentwicklung, die seit 2016 jährlich prognostiziert werde. In den letzten sechs Jahren wurden mehrere Schulen gegründet, zuletzt die Carlo-Mierendorff-Schule um eine Oberstufe erweitert, das Gymnasium Süd eröffnet. Es bestehe weiter ein hoher Bedarf an 34 Schulen; davon seien 28 Schulen bereits im ISEP eingeplant, fünf weitere Schulen kämen hinzu.

Die Übergangszahlen 4/5: 57% haben ein Gymnasium angewählt, 29,9% eine IGS, 10,8% eine Realschule und 1,8% eine Hauptschule. Eine Förderschule wurde mit 1% ausgewählt.

## Keine Bebauung von Kleingartenflächen am Ratsweg und Bornheimer Hang und Erhalt der Kleingartenanlage „Am Graben“

Die Vorsitzenden der Kleingartenvereine fordern adäquate Ausgleichsflächen, falls die Europäische Schule am Ratsweg gebaut werden soll. Es handele sich um einen gewaltigen Eingriff in den Frankfurter Grüngürtel. Diese Flächen könnten sich zukünftig nicht in Mauttal befinden (wie bereits einmal geschehen), da sie zu weit von Bornheimer und Riederwälder Kleingärtnern entfernt sind. Eine Anbindung an die Stadtreile entfalle komplett. Die Vorsitzenden fordern Transparenz, Kommunikation und eine Offenlegung der Pläne ein.

Frau Weber sagt, dass Ende Oktober die Ergebnisse einer Machbar-



Foto: Adobe Stock/WinterbildMedien/Alfresco

Die Frankfurter Schulschwimmwoche war ein schönes Erlebnis für die 100 teilnehmenden Kinder – viel mehr Spaß auf der Instandsetzung der Schulschwimmhallen...

keitsstudie vorlegen würden, diese solle dann auch den Kleingärtnern nach den Herbstferien vorgestellt werden. Die Europäische Schule habe mit über 2.000 Schüler\*innen einen großen Flächenbedarf, ebenso durch die vielfältigen dort möglichen Schulabschlüsse. Im Gremium wurde der Vorschlag geäußert, auch in die Höhe zu bauen, um den Flächenbedarf zu verringern. Die Europäische Schule wolle sich den Stadtteilen öffnen.

Frau Pauli (Linke) stellt in Frage, wie dies möglich sein soll, da es bei der Schule Security-Checks gebe und niemand so einfach auf das Gelände und in die Gebäude komme. Die Klientel an der europäischen Schule sei eine andere als die in den angrenzenden Stadtteilen. Sie fordert Frau Weber auf, diesbezüglich mit der europäischen Schule hart zu verhandeln.

## Bericht der Dezernentin

**Mühlbergschule:** Durch Neubau und Sanierung gibt es in der 5-zügigen Grundschule für ungefähr 400

Schüler und Schülerinnen zwei neue Turnhallen, einen Medien- und Bibliotheksraum, eine Mensa.

**Dieterbachschule:** Bei einem Ortstermin wurden statische Probleme festgestellt, die Tragfähigkeit der Geschosdecken war nicht mehr gewährleistet. Das hatte zur Folge, dass die Schule vorzeitig und kurzfristig ausgelagert werden musste. Es waren so schnell keine Arbeiten am Aufstellgelände möglich gewesen; vorübergehend wurde die StraÙe gesperrt und ein Teil des Kitageländes zum Schulhof umfunktionierte. Ein erster Teil des Geländes wurde am 4. Oktober freigegeben, die Freigabe des zweiten Teils soll bis zu den Herbstferien und der letzte Teil dann bis zum Jahresende erfolgen. Eine bessere Kommunikation zwischen den Vertretern der Anrter und der Schulgemeinde wurde vereinbart.

**Energiekosten Teil 1: Raumtemperatur:** Die Temperatur in den Schulschwimmbädern soll nicht abgesenkt werden, was besonders wichtig sei für Therapiebecken. Es gilt noch mit den Bäderbetrieben Frankfurt abzusprechen, wenn die Temperatur während der Schulschwimmzeiten verändert werde. In den Grundschulen solle es bei der bisherigen Raumtemperatur bleiben, bei allen weiterführenden Schulen soll diese auf 19° abgesenkt werden. Abendkurse sollen weiterhin stattfinden, auch wenn nach 20 Uhr die Temperatur dann über Nacht stufenweise weiter abgesenkt werde.

**Energiekosten Teil 2: Luftfilter:** Über den Betrieb der Luftfiltergeräte wird im Krisenteam der Stadt entschieden werden. Sobald es die pandemische Lage erfordere, werden die Schulen zur Inbetriebnahme informiert. Es handele sich um Geräte, die nicht einen Tag angeschaltet

und am nächsten Tag wieder ausgeschaltet werden sollten. Die von den Firmen kalibrierten Geräte seien auf eine längere Betriebszeit eingestellt.

**Luftfilter:** 53 Schulen wurden mit Luftfiltergeräten ausgestattet, bei weiteren 29 Schulen erfolgten Begehungen und anschließend die Lieferfreigabe erteilt. Bei sieben Schulen gibt es statische Probleme (bei der in Containern ausgelagerten Schule am Hang und an der Grundschule im Europaviertel), für diese erfolgte noch keine Freigabe. Es gibt auch Lieferengpässe bei den Zulieferern. Man gehe davon aus, dass in den nächsten Wochen jeweils vier weitere Schulen ausgerüstet werden.

**WLAN:** 138 Schulen und 14 Pilot-schulen sind bisher mit WLAN ausgerüstet. Alle restlichen Schulen sollten auch bis zum Jahresende ausgestattet sein.

**Fachkräftegewinnung Krippe/Kitas/ Hort:** An der Berta-Jourdan-Berufsschule werden zurzeit 250 Schüler und Schülerinnen in sozialen Berufen wie Erzieher\*in und Heilerzieher\*in ausgebildet. Um die Fachkräftegewinnung voranzutreiben, findet am 19. 10. findet ein Berufsbildungstag im Saalbau Bornheim statt, wo u.a. über 40 Träger und Berufsschulen zu diesen Arbeitsfeldern informieren und beraten.

**Wegscheiden:** Die finanzielle Förderung über 2 Millionen Euro durch die Stadt Frankfurt zur Durchführung von Klassenfahrten auf der Wegscheiden wird konkretisiert: für die Jahrgänge 1 bis 6 werden 60% der Beherbergungskosten übernommen; ein Tagesprogramm zu Umweltlernen und -bildung kann kostenlos dazugebuht werden. Ein Infoschreiben über die finanzielle Förderung soll an die in Frage kommenden Schulen versandt werden.

Ingeborg Ulrich

„Dauerbrenner“ im Ausschuss:

Wohnin mit der internationalen Schule ...?



## Bericht vom 7. November 2022

Viele **Tagesmütter/Väter** sind anwesend, um zu den Problemen der Tagesmütter zu sprechen. (Probleme bei der Vermittlung über das Kindernet. Unterschiede in der Behandlung im Vergleich zu den Kitas, immer mehr Tagesmütter hören nach zehn Jahren auf ...).

Das Tagesmutter-Modell gibt es seit über 21 Jahren in Frankfurt: Aber die Stellung der Tagesmütter ist nicht zufriedenstellend. Es hätten zahlreiche Gespräche mit Stadträtin Weber stattgefunden. Aber es gebe noch viele Forderungen, z. B. eine Erhöhung der Verpflegungspauschale. Im Gegensatz zur Kita dürfen in der Pflege keine Spenden angenommen werden. Die Pauschale beträgt 5,40 Euro, 2,34 Euro pro Tag und Kind. Wenn mehr Kinder als drei betreuend werden, verringert sich der Satz auch noch auf nur noch 1,92 Euro pro Tag. 1,92 Euro seien nicht mehr zeitgemäß.

Frau Weber will erneut einen Termin mit den Tagesmüttern machen. Die Tagesmütter sollen den Kitas gleichgestellt werden. Wort wurde gehalten: Wenn die Kitas während Corona weiter finanziert wurden, geschah das auch bei den Tagesmüttern.

Weiter: Erzieherinnen und Erzieher haben eine Tarifierhöhung bekommen und die Tagesmütter nicht. Diese Erhöhung besteht seit Juni und ist bei den Tagesmüttern nicht angekommen. Frau Weber sagt zu, dass diese Erhöhung den Tagesmüttern ebenfalls gewährt werden soll.

Außerdem sollen die erhöhten Energiekosten nicht nur den Kitas, sondern auch den Tagesmüttern erstattet werden, entweder über eine Erhöhung der Pauschale oder in Form einer Einmalzahlung.

### Ganztagsschule

Zum Thema Ganztagsschule ist die Schulleiterin der Günderodeschule mit zwei Elternvertretern und ESB-Leitung gekommen und betont, wie wichtig es ist, die Hortplätze auszubauen. Der Bedarf hat sich rasant entwickelt, die Räumlichkeiten an einer Innenstadtsschule seien aber begrenzt. 112 Kindern stünden nur 105 Plätze gegenüber. 27 Plätze stehen für nächstes Schuljahr zur Verfügung, aber es gebe bereits 56 Anmeldungen, davon alle in Kategorie 1 und 2, also Eltern oder Alleinerziehende ohne soziales Netz.

Ein Elternteil meldet sich zu Wort und unterstützt den Vortrag. 2026 soll allen SuS eine Ganztagbetreuung angeboten werden.



Frau Weber betont, dass nicht nur die Stadt insgesamt einen großen Schülerzuwachs hat, sondern sich dieses nochmals intensiver im Gallus darstelle. Deshalb soll dort auch zwei neue Grundschulen gebaut werden. Allerdings kann eine davon erst in zwei Jahren gebaut werden. Die Grundschule auf dem Tevigelände ist auch in Planung. Diese beiden Schulen sollen so schnell wie möglich gebaut werden. Die Schulbezirkegrenzen sollen geändert werden. Bei der Ackermannschule soll es eine Änderung geben.

Frau Weber ist sich völlig im Klaren, dass es eine sehr beengte Situation ist, die aber erst in den nächsten ein bis zwei Jahren verbessert werden kann.

Zum Pilotschulprojekt Ganztag: das Team vom Stadtschulamt werde nochmal in den Gallus kommen, um zu erörtern, ob es weitere Verbesserungsmöglichkeiten vor Ort gibt. Die Stadt Frankfurt baue jedes Jahr Kinderbetreuungslplätze aus. Die CDU ignoriere das in ihrem Antrag.

Beim Bildungscampus Gallus werde beispielsweise das Anliegen innerhalb des Konzepts mitgedacht. Das werde im Stadtteil für Entlastung sorgen.

### Julius-Leber-Schule

Die Schulleiterin der Julius-Leber-Schule schildert die Probleme der Beruflichen Schule: Die Schule sei seit über 12 Jahren in Containern, das Hauptgebäude aus den 50er Jahren, mit einem maroden Dach und permanenten Wasserschäden. Die Planungen, das Hauptgebäude zu sanieren, gebe es seit den 90er Jahren. Wann werde endlich saniert? Ein weiteres Gebäude in der Nähe stehe seit 12 Jahren komplett

Das Gebäude der früheren Stoltz-Schule sollte schon lange Teil der Julius-Leber-Schule sein.

leer und verfallend. Auch da warte die Schule seit vielen Jahren. Seit 2019 sei der neue Schulentwicklungsplan da. Die Ungeduld und Verunsicherung im Kollegium seien groß. Man warte auf schriftliche Zusagen, wann es endlich losgehe.

Frau Weber sagt zu aktuellen Stand, es gehe um 21 Millionen für die Brandschutzsaniierung. Die Dezernentin sei im Gespräch mit den Ämtern um das hinzabekommen.

### Standort Europäische Schule

Es geht um die Kleingärten an dem ins Auge gefassten Standort an dem Eissporthalle. Laut Machbarkeitsstudie sollen circa 44 Kleingärten entfallen. Diese Studie sei aber noch nicht allen bekannt.

Der Sprecher der Kleingärten fordert, dass der Erhalt der Gärten in die Kooperationsvereinbarung aufgenommen werden solle. Entscheidend sei, was beim Architektenwettbewerb herauskomme. Frau Weber sieht die Machbarkeitsstudie nur als Diskussionsgrundlage und ist für Änderungen offen.

Problematisiert wird weiter das Problem Öffnung zum Stadtteil versus Sicherheitszonen/Sicherheitskonzept der Europäischen Schule. Die Öffnung zu Stadtteil gelinge auch zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Frau Weber informiert, dass sie Sicherheitsfragen mit der Schule diskutiert habe. Die Europäische Schule habe eine Planungsphase 0 mit der Stadt Frankfurt gemacht. Die Öffnung zum Stadtteil sei darin festgeschrieben: d.h. Nutzung der Turnhalle, Tiefgarage etc.

## Mehr als 60 Prozent der bewilligten Investitionsmittel in Schulbau und -sanierung können nicht ausgegeben werden

Schule und Bildung müssen im Wahlkampf um das Oberbürgermeisteramt eine wichtige Rolle spielen. Und viele Schulgebäude sind in einem schlechten Zustand und sanierungsbedürftig. Insofern ist die Idee des Kandidaten Uwe Becker, dies anzusprechen, durchaus richtig. Allerdings gibt es aus unserer Sicht kein Erkenntnisproblem, denn die Mängel sind seit Jahrzehnten bekannt. Was beschleunigt werden muss, ist ihre Behebung. Und hier ist ein – auch von Becker benannt – Fakt, dass um alle Sanierungen durchzuführen und dieses auch bereit stellen.

Blick zu nehmen. Dass dieses Amt geschaffen wurde, ist richtig. Aber um die notwendigen Sanierungen zeitnah zu planen und umsetzen zu können, muss eine weitere Veränderung stattfinden. Es muss dafür gesorgt werden, dass alle vorhandenen Stellen besetzt werden und gegebenenfalls auch neue geschaffen werden. Denn die Sanierung von Bildungseinrichtungen wird eine Daueraufgabe bleiben. Dann erst sollte man schauen, ob noch zusätzliches Geld benötigt wird, um alle Sanierungen durchzuführen und dieses auch bereit stellen.

Pressemitteilung des GEW Bezirksverbands Frankfurt vom 9. 1. 2023 zur Sanierungssituation in Frankfurt Schulen (Laura Preusker und Sebastian Guttmann)

Frau Lagarde habe betont, dass die EZB mit der Stadt Frankfurt lebe. Die Kinder hätten explizit den Wunsch geäußert, nicht in einer „gated city“ zu leben. Die Stadt Frankfurt müsse dafür sorgen (dazu mehr im nächsten Bericht).

### Standtschülersprecher verabschiedet:

Bericht der Dezernentin: Frau Weber würdigt die Verdienste des ehemaligen sehr engagierten Stadtschülers\*innenprecher, Hannes Kaulfersch, und die gemeinsame Zusammenarbeit. Laurenz Aller wird als neuer Stadtschüler\*innenprecher begrüßt, mit Wünschen für einen guten Start und gutes Gelingen.

**Berufsbildungstag:** Frau Weber berichtet vom großen Zuspruch für den Berufsbildungstag. Anwesend waren circa 1.500 Besucher; über 40 Träger waren mit Infoständen anwesend und es gab ein Rahmenprogramm zu den verschiedenen Ausbildungen, mit Berichten von Ehemaligen und einem Fotohooting für Bewerber. Der Berufsbildungstag soll jetzt jedes Jahr durchgeführt werden. Es habe sehr viele Gespräche und Kontakte gegeben; das soll sich etablieren.

**Nachhaltigkeitspreis:** Die zweite Runde für den Nachhaltigkeitspreis der Frankfurter Schulen ist in Arbeit. 14 Schulen haben sich beworben.

**Stadtteillbibliothek Schwanheim:** Die Stadtteillbibliothek Schwanheim feiert ihre Neueröffnung. Frau Weber lobt die Arbeit des ABl, die diese zu einem barrierefreien Bürgerzentrum ausgebaut habe. Die Eröffnung sei am 9. Dezember.

## Bericht vom 5. Dezember 2022

### Essen in Frankfurter Kindertageseinrichtungen

Das Frankfurter Kinderbüro hat eine Umfrage zum Thema: Beteiligung beim Essen in Frankfurter Kindertageseinrichtungen durchgeführt. Durfen Kinder mitgestalten? In welchem Umfang? Gibt es Unterschiede in den Einrichtungen? Welche Spielräume gibt es für Kinder?

Frau Dr. Feuerbach referiert sehr ausführlich über die Ergebnisse der Umfrage, die 2018/19 in Form von ganztägigen Beobachtungen und Interviews durchgeführt wurde.

Essen im Kindergarten sei ein sehr komplexes Thema und basiere auf biografischen und kulturellen Aspekten. Es gebe eine Vielzahl von Spielräumen bei der Ausgestaltung von Essenssituationen. Thema: gesunde Ernährung, Selbstbestimmung. Fokus auf guter Tischkultur (wann steht man auf, wie lange muss man sitzen bleiben, eine

gemeinsame Reflexion ist eher selten), Mitbestimmung von Kindern (weder eher von den Erwachsenen dominiert).

Qualitätskriterien für Beteiligungsmethoden seien oft nicht bekannt. UN-Kinderrechtskriterien, verankert in der UN Charta, seien oft unbekannt und es gebe Unsicherheit bei den ErzieherInnen.

Fazit: Fachkräfte müssten den Entscheidungsrahmen von Kindern klären, nur eine punktuelle Beteiligung sei nicht günstig.

#### Julius-Leber-Schule

Der stellvertretende Schulleiter der Julius-Leber-Schule moniert erneut die Nichtumsetzung der Brandschutzsanierung und bittet um eine klare Zusage. Weil Termine zu und dann wieder abgesagt würden, könne die Schulleitung keinen Fahrplan erstellen, wie es weiter gehen soll.

Frau Weber weist auf ihre Aussagen in der letzten Sitzung des Ausschusses hin und gibt dem Schulleiter recht, dass es langwierig und eine zähe Angelegenheit sei. Die Stadt stehe in der Pflicht. Es gehe letztlich um die Finanzierung. Sie gehe aber davon aus, dass Anfang des neuen Jahres ein Finanzierungsplan stehe.

Die Schule selbst will in die freie Christliche Schule auslagern werden.

**Sprachkitas:** Die Arbeit der Sprachkitas soll beibehalten werden. Darüber gebe es einen Konsens. Und die Landesbene unterstütze dies. Frau Weber betont, dass sie sich darüber freut, dass eine Lösung in Sicht sei. Sie selbst habe viele Briefe an die Bundesregierung geschrieben, dass bei diesem Thema Unterstützung nötig sei.

**Inklusive Hortplätze:** Zwei Elternvertreterinnen von der Panoramareihe sind auf Wunsch des Schulleiters anwesend. Sie treten für das Entstehen eines inklusiven Hortes bzw. inklusiver Hortplätze ein und unterstützen sehr, dass dieses Projekt entsteht.

#### Kinderzentrum Krifteler Straße

Das Kinderzentrum Krifteler Straße hat immer wieder Probleme, weil die Heizung ausfällt etc. Es sei dringend notwendig, das Kinderzentrum auszulagern. Das Gebäude sei so marode, dass immer die Befürchtung besteht, dass es geschlossen werden muss.

Frau Weber berichtet, dass der Wettbewerb Bildungscampus Galus abgeschlossen sei. Es gibt einen Sieger. Dieser Bildungscampus sei für den Galus insgesamt von großer Bedeutung. Wenn das Bildungszentrum Frankfurt fertig ist, kann das Kinderzentrum zurückziehen. Kita Frankfurt baut hier in Eigenregie und darf zuerst loslegen.

Es konnte keine städtische Liegenschaft gefunden werden. Es habe in den letzten Jahren eine erhebliche Preissteigerung gegeben.

#### Standort Europäische Schule

Der TOP Machbarkeitsstudie zur Europäischen Schule wird vorgezogen.

Frau Weber hofft, dass sie das Informationsdefizit heute heilen kann. Projektvereinbarung sei, dass sich Stadt, Bund und EZB auf den gemeinsamen Weg machen und dass der Ratsweg Standort der Europäischen Schule werden solle, die Schule sich zum Stadteil öffne, in Kooperation mit der Stadt. Ungelklärt sei: wie sieht es mit der Dimpmess aus, mit den Kleingärten, der Tankstelle, dem Bebauungsplan? Alle diese Fragen seien noch offen.

Betroffene wundern sich, dass 44 Gärten weggelassen sollen, und die „Green-City Frankfurt“ so etwas andenke.

Frau Weber weist auf den externen Zeitdruck hin, der durch die verschiedenen Wünsche der Beteiligten zustande komme: den dringenden Erweiterungsbedarf, die Bauherreneigenschaft des Bundes und nicht zuletzt die Bewerbung der Stadt für den Standort für die neue europäische Antigelddwäsbörse.

EZB und der Bund haben eine Machbarkeitsstudie beim Büro Martin Wentz beantragt. Dieser stellt die Studie vor.

Die Europäische Schule sei auch deshalb so wichtig, weil die Europäische Zentralbank seinem Personal Schulplätze anbieten wolle. Ziel sei es, circa 2.444 SuS zu beschulen. Das Grundstück weise 60.000 Quadratmeter auf. Wenn referiert, welche Standorte in der Vergangenheit geprüft und verworfen wurden. Zum Schluss konnte man sich nicht auf die Mainwiese einigen, wo die Schule gern hingewiesen wäre. Weitere Stichworte: 25.000 Quadratmeter Hauptnutzfläche, Planungsphase null; pädagogisches Konzept lag vor: auf 54.000 Quadratmetern, 6.000 Quadratmeter weniger als der Bund angestrebt hatte. Die Kleingartenfläche sei mit circa 13.000 Quadratmetern betroffen. Bei der Europäischen Schule gehe es um 400 Mitarbeiter und circa 1000 PKWs am Morgen. Das funktioniere nur, wenn eine Straße durch den Kleingartenverein gehe. 120 Stellplätze für Eisporthalle und Schwimmbad müssten zusätzlich untergebracht werden. Das gehe nur unterirdisch. Eine Ausgleichsfläche für den Kleingartenverein von 9.000 Quadratmetern sei im Riederwald vorhanden.

Kinder von 3 bis 19 Jahren sollen dort zur Schule gehen, in zwei- und viergeschossigen Gebäuden in verschiedenen Bereichen, Mensa



und Aula übereinander. Die Verwaltungsgebäude seien mehrgeschossig, Sporthallen übereinander. Die Mensa sei bereits in diesem Modell fast zu klein.

Das Fazit von Wentz: die EZB sei an dem Standort machbar, allerdings mit so wenig Ausweichfläche, dass eine zukünftige Erweiterung kritisch sei. In Bezug auf die Fläche „knirsche es“.

**Meine Beobachtung:** Erwähnt wurde nicht, was mit der dahinter liegenden Charles Hallgartens Schule und die dort wartenden Schüler:innen. Wie soll das mit den ganzen Schüler:innen dieser Schule funktionieren? Die Schule würde völlig hinter der Europäischen Schule verschwinden...

In der Realität braucht es viel mehr Parkplätze, in der Schule gibt es von Anfang an viel zu wenig Platz. Die ganze Planung funktioniert nur beim Bau einer Straße durch die Kleingartenanlage.

Christina Avellini

Die Qualität der Kitas können nur ihre Beschäftigten sicherstellen!



## Aus der IGS KaRi wird die Josephine Baker Schule

Am Freitag, den 1.4.2022 hat die Schulleitung der IGS Kalbach-Riedberg auf einem Goumenachmittag ihre Idee zu einem neuen Schulnamen vorgestellt. Es handelt sich um „Josephine Baker“.

#### Wer ist Josephine Baker?

Sie wuchs in armen Verhältnissen in Missouri auf, wurde in Frankreich zur berühmten Tänzerin und Sängerin, setzte sich im Zweiten Weltkrieg an der Seite von General de Gaulle für die Résistance ein und adoptierte zwölf Kinder aus verschiedenen Teilen der Welt.

Josephine Baker entwickelte sich von der Tänzerin in Bananenröckchen zur politischen Figur, die 1963 beim Marsch auf Washington als einzige Frau an der Seite Martin Luther Kings das Wort ergriff und später ganz bewusst mit ihren Kindern in Frankreich lebte.

Wir tragen seit 2016 den Namen „IGS Kalbach-Riedberg“ oder auch liebevoll „IGS KaRi“ genannt. Wir

haben uns an den Namen gewöhnt und haben ihn mit Leben gefüllt. Jetzt 2022 mit dem Umzug ist es Zeit, darüber nachzudenken, ob wir dabei bleiben möchten oder uns einen Namen geben, der das Leben und Lernen an der KaRi noch besser versinnbildlicht.

Wie wäre es mit Josephine-Baker-Schule – eine Schule für mich?

Bis zum Mai diskutieren wir gerne mit Ihnen über einen neuen Namen und möchten Sie dazu einladen, sich über „Josephine Baker“ zu informieren. In der Schulkonferenz wird die Schulleitung den Vorschlag noch einmal diskutieren, bevor ein entsprechender Antrag an den Ortsbeirat geht, der darüber entscheidet. Rückmeldungen zu der Idee sind herzlich willkommen.

Aus dem Newsletter IGS Kalbach-Riedberg, Nr. 25, 26.4.2022

PS: Inzwischen hat der Ortsbeirat der Namensgebung zugestimmt.



## Demokratisch – Kompetent – Streitbar



**WIR DANKEN FÜR EUER VERTRAUEN !**

### GEW-Mitglieder im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Name	Schule	e-Mail Adresse
Christina Avellini	Adomngymnasium	christina.avellini@gew-frankfurt.de
Meike Bär	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	meike.baer@gew-frankfurt.de
Lea Brückner	Berkerheimer Grundschule	lea.brueckner@gew-frankfurt.de
Heidi Francisczok	Elsa-Brändström-Schule	heidi.francisczok@gew-frankfurt.de
Bine Friedrich	Panoramashule	bine.friedrich@gew-frankfurt.de
Daniel Gnida	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	daniel.gnida@gew-frankfurt.de
Enis Güleğen	Philipp-Holzmann-Schule	enis.guelegen@gew-frankfurt.de
Sebastian Guttmann	BFZ Frankfurt-West	sebastian.guttmann@gew-frankfurt.de
Susanne Hüttig	Stauffenbergschule	susanne.huettig@gew-frankfurt.de
Dirk Kretschmer	Max-Beckmann-Schule	dirk.kretschmer@gew-frankfurt.de
Heide Krodell-Johne	Viktor-Frankl-Schule	heide.krodell-johne@gew-frankfurt.de
Zahreen Mahmood	Walter-Koll-Schule	zahreen.mahmood@gew-frankfurt.de
Frauke Matthes	Bergiuschule	frauke.matthes@gew-frankfurt.de
Laura Preusker	Münzenbergerschule	laura.preusker@gew-frankfurt.de
Ingeborg Ulrich	Schule am Ried	ingeborg.ulrich@gew-frankfurt.de
Katja Weber	Ernst-Reuter-Schule II	katja.weber@gew-frankfurt.de
Henrich Zorko	Ernst-Reuter-Schule II	henrich.zorko@gew-frankfurt.de
<b>Gesamtpersonalratsbüro</b>	gprs.ssa.frankfurt@kultus.hessen.de oder 069-38989185 Stuttgarter Straße 18–24, 60329 Frankfurt	
<b>Zuständigkeiten</b>		
<b>Vorsitzendenteam</b>	Meike Bär und Sebastian Guttmann	
<b>Arbeits- und Gesundheitsschutz</b>	Meike Bär und Heide Krodell-Johne	<b>Fragen von Tarifbeschäftigten</b> Bine Friedrich und Heide Krodell-Johne
<b>Beratung bei länderübergreifenden und hessenweiten Versetzungen</b>		
<i>Berufliche Schulen:</i>	Susanne Hüttig	<i>Grundschulen:</i> Heidi Francisczok und Laura Preusker
<i>Gesamtschulen:</i>	Katja Weber	<i>Gymnasien:</i> Christina Avellini
<i>Haupt- u. Realschulen:</i>	Katja Weber	<i>Sonderpädagogik:</i> Sebastian Guttmann

### Impressum [info@gew-frankfurt.de](mailto:info@gew-frankfurt.de)

**FLZ** vorm. Frankfurter Lehrerzeitung  
**Herausgeber** Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Biechstr. 38a, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 – 29 18 18, Fax: 069 – 29 18 19, E-mail: [info@gew-frankfurt.de](mailto:info@gew-frankfurt.de)  
**Bürozeiten** Geschäftsstelle des Bezirksverbandes dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr, donnerstags 14 bis 18 Uhr  
**Vorsitzendenteam** Sebastian Guttmann, Laura Preusker  
**FLZ-Team** Jessica Peters, Herbert Storn

**Rechtsberatung** Judith Werner, Daniel Gnida und Sandra Linnenmann, montags 15.30–17.30 Uhr, Tel.: 069 – 13 37 78 71, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt.  
**Satz & Layout** Karin Dienst, Christian Häußler  
**Druck** ORB – Oberhessische Rollen-Druck GmbH  
**Auflage** ca. 5000  
**Erscheinungsweise** 4 bis 5 mal jährlich  
**Fotos** wenn nicht anders angegeben: FLZ

Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgedeckt.  
**Redaktioneller Hinweis:** Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als uniformierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge gehen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor. Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.  
 Redaktionsschluss Nr. 2-23: *siehe homepage*

## Nachrichten aus dem

### Neue Mailadresse

Nach der Umbenennung in Gesamtpersonalrat Schule wurden den Gesamtpersonalrat in Hessen jetzt auch Funktionspostfächer eingerichtet. Zukünftig kann der Gesamtpersonalrat Schule unter der Mailadresse GPRS.SSA.Frankfurt@kultus.hessen.de erreicht werden. Die alte Adresse existiert noch ein paar Monate in Form einer Weiterleitung, dennoch bitten wir darum, möglichst die neue zu benutzen, da uns das die Arbeit deutlich erleichtert.

### Versetzungen

Auch in diesem Jahr müssen Versetzungsanträge bis zum 1. 2. 2023 für den 1. 8. 2023 gestellt werden. Die GEW-Fraktion hat Informationen für Versetzungswillige zusammengestellt, in dem einiges erklärt wird (siehe Text im Kasten). Gerade beim *Hesseninternem* und dem *Bundesländerübergreifenden Versetzungsverfahren* ist es sinnvoll, den Gesamtpersonalrat über das Anliegen und die Gründe zu informieren. Am besten geht dies per Mail; aufgrund der hohen Anzahl an Versetzungsanträgen können wir in der Regel keine persönlichen Treffen oder Telefonate zur Beratung durchführen.

### Warnungen vor Unwettern

Wir haben viele Rückmeldungen erhalten über die für viele Schulen (zu) spät eintreffenden Regelungen zu den Glatteiswarnungen – hier hätten sich die Schulen frühere und eindeutiger Regelungen gewünscht. Wir haben dies mit dem Staatlichen Schulamt besprochen und vereinbart, dass die Kommunikation in solchen Situationen wesentlich früher erfolgen wird.

### Pädagogische Tage während der Unterrichtszeit

Zu Anfang des Schuljahres kam ein Schreiben aus dem Hessischen Kultusministerium an die Schulleitungen, in dem für die Durchführung von pädagogischen Tagen zum Thema Digitalisierung geworben wurde. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Möglichkeit hingewiesen, diesen während der Unterrichtszeit stattfinden zu lassen. Dies wurde von vielen als Einschränkung interpretiert, pädagogische Tage zu *anderen* Themen während der Unterrichtszeit stattfinden zu lassen. Nach Auskunft der Schultamsjuristen ist dies aber nicht so, es wird in dem Schreiben lediglich ein Beispiel genannt. Es sind aber auch andere Themen, die für die Schulgemeinde von Bedeutung sind, möglich.

### Diebstehliche Mailadressen

Nicht viel Neues gibt es zu den dienstlichen Mailadressen zu berichten, wir erläutern dem Staatlichen Schulamt weiterhin, was alles nicht funktioniert – mit der Bitte, dies auch an höhere Stelle mitzuteilen. Als letztes war die dienstliche Mailadresse für einige Zeit nicht über Computer mit dem Betriebssystem Windows erreichbar – was die Erkenntnis brachte, dass es in der

höheren Landesverwaltung ein Chief Information Officer gibt, der die Nichtverfügbarkeit per No-reply-Mail mitteilt.

### Abordnungen Gymnasium an Grundschule – Verbesserung der Bedingungen

Durch den Lehrkräftemangel an Grundschulen werden viele Gymnasialehrkräfte mit einem Teil ihrer Stunden an eine Grundschule abgeordnet. In vielen Situationen haben wir die Probleme, die sich daraus ergeben, mit dem Staatlichen Schulamt thematisiert. Als Folge davon hat das Staatliche Schulamt zu zwei Dienstversammlungen eingeladen, auf denen sowohl die betroffenen Kolleg\*innen als auch die Schulleitungen nach den praktischen Schwierigkeiten gefragt wurden. Wir werden darauf schauen, dass diese jetzt auch angegangen, und an den Stellen, wo dies möglich ist, auch Lösungen entwickelt werden.

### Entgeltordnung für Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte

Bisher ist die Zahl der gestellten Anträge auf Höhergruppierung noch deutlich niedriger als die Zahl der Anspruchsberechtigten. Insbesondere Kolleg\*innen in der Entgeltgruppe 5 haben auf jeden Fall einen Anspruch auf Höhergruppierung, da es diese Gruppe nach der Entgeltordnung im Schulbereich nicht mehr gibt. Mitglieder können sich hierzu bei der GEW beraten lassen. Leider konnte uns auch hier das Staatliche Schulamt – auch für diese niedrige Antragszahl – bisher keinen Bearbeitungszeitraum nennen. Zurzeit ist die Bearbeitung bis zum 31. 7. 2023 möglich, allerdings sollte man unserer Erfahrung nach nicht bis zum Schluss warten, da hier vermutlich viele Anträge aufhauen werden, und dann auch eine Beratung aufgrund der knappen Zeit schwierig werden wird.

### FLI

Aus vielen Schulen erreichten uns Rückfragen zu den Regelungen zur Erfassung der Fehlzeiten der Lehrkräfte (FLI), vor allem zu der Tatsache, dass diese während der Unterrichtszeit als voller Fehltag zählen sollen. Da dies ein hessenweites Problem ist, sind wir dazu im intensiven Austausch mit HPR und anderen GPRen, das erläuternde Schreiben des HKM hierzu finden wir nur mächtig hilfreich. Das Thema wird uns sicher ins Jahr 2023 begleiten...

Jeder Beschäftigte hat einen Anspruch darauf, eine Mitteilung über die Fehlzeiten, die von der Schule an das Staatliche Schulamt gemeldet wurden, zu erhalten. Dabei geht es nicht nur um Krankheitstage, sondern auch um dienstliche und andere Abwesenheitszeiten (beispielsweise Fortbildungen). Obwohl die Verfahrensweise nicht rechtlich geregelt ist, hat es sich an vielen Schulen bewährt, jährlich eine schriftliche Aufstellung zu bekommen, so dass man Fehltagbeleg korrigieren kann. Wir empfehlen eine solche Regelung sehr, da es erfahrungsgemäß



# Gesamtpersonalrat

maß immer wieder zu Fehlern kommen kann.

## Erreichbarkeit erkrankter Kolleg\*innen

Erkrankte Kolleg\*innen sind verpflichtet, ihren Unterricht vorzubereiten noch dürfen sie zu diesem Zweck kontaktiert werden. Dies haben wir noch einmal mit dem Staatlichen Schulamt besprochen, die rechtlichen Regelungen sind hier eindeutig.

## Bezahlung von Mehrarbeit

Bei zwingenden dienstlichen Gründen können bei Lehrkräften pro Monat bis zu drei Stunden unbezahlte Mehrarbeit angordnet werden. Ab der vierten Stunde muss diese allerdings komplett bezahlt werden. Gerade in Zeiten, in denen ein hoher Krankenstand vorliegt, wird immer wieder auf die Anordnung von Mehrarbeit zurückgegriffen. Jenseits der Einschätzung, ob ein hoher Krankenstand unter die Definition zwingender Gründe fällt, haben wir aufgrund mehrerer Berichte, dass die vierte, zur Bezahlung führende Stunde prinzipiell nicht angeordnet wird, noch einmal beim Staatlichen Schulamt nachgefragt. Die Bezahlung dieser Mehrarbeit erfolgt nicht aus dem Vertretungsbudget der Schule sondern es gibt hierfür ein eigenes Budget am Staatlichen Schulamt. Auch sieht das Staatliche Schulamt keine Probleme, wenn dies in Anspruch genommen wird.

## Erhebung der psychischen Belastungen

In Frankfurt müssen aufgrund der Dienstvereinbarung zum Arbeits- und Gesundheitsschutz die Faktoren der psychischen Gefährdung alle fünf Jahre erhoben werden. Diese Erhebung ist nicht nur aus offensichtlichen Gründen wichtig, sie ist auch eine gute Arbeits- und Diskussionsgrundlage, um strukturelle und individuelle krank machende Faktoren an der Schule zu kennen und (einige davon) angehen zu können. Um die psychischen Belastungsfaktoren zu erheben, gibt es beim Medical Airport-Service ein Tool, welches in ganz Hessen so durchgeführt wird.

Hier liegen einige gute und einige enttäuschende Rückmeldungen vor: Schulen, die u.a. strukturelle Mängel gemessen haben – z.B. generelle Arbeitsverdichtung, Aufgabenhäufung und Personalmangel, aber auch solche Faktoren, die schulinternen schwierig und belastend sind, wie mangelnde Transparenz, mangelnde Kooperation oder Kommunikation, Wertschätzung etc. – äußerten z.T. Enttäuschung darüber, dass solche gemessenen und krank machenden Werte bei der Feinanalyse durch den MAS zu keiner oder wenig Abhilfe führten. Die KollegInnen werden meist auf individuelle Ressourcenoptimierung verwiesen, und nur solche Angebote werden vom MAS auch gemacht. Der MAS entgegnet darauf, dass

er für viele strukturelle Probleme keine Lösungen anbieten kann, da das Land dafür verantwortlich ist (oder der Schulträger). Das ist zwar sicherlich richtig, aber die krank machenden Faktoren bleiben ja solche und müssen bearbeitet werden.

Wir wollen erreichen, dass hier ein Umdenken stattfindet. Es ist nicht einzusehen, warum nicht, wie in anderen Betrieben, auch strukturelle Angebote der Beratung/des Coachings (z.B. zu den Themen Partizipation, Wertschätzung, Transparenz, Kommunikation, etc.) seitens des MAS gemacht werden können. Und auch das Land muss sich, wenn die Messergebnisse in der Summe oder im Querschnitt eindeutig sind, um die nicht-schulinternen Belastungen kümmern, da es als Arbeitgeber nun mal für unsere Gesundheit zuständig ist.

Soweit herrschte durchaus Einigkeit mit dem betriebsärztlichen Dienst, der natürlich an die Vorgaben des Landes gebunden ist. Wir bemühen uns derzeit um eine gute Datelage: wir fragen die Schulen nach den Inhalten des Fragebogens (ist es noch zeitgemäß, erfasst es die reale Problematik) und nach den Erfahrungen mit der Auswertung und dem anschließenden Umgang damit. Ziel ist es, die Erhebung der psychischen Gefährdungsfaktoren so anzupassen, dass die Probleme sichtbar werden – und die konkrete Bearbeitung der ermittelten Probleme voranzutreiben!

# Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

## Einführung des Landesweiten Videokonferenzsystems

Bereits seit Oktober können Schulen schrittweise zur Nutzung des Systems über „SchulMoodle“ aufgenommen werden. Zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres sollen alle Schulen das System über „SchulMoodle“ oder den Funktionsbereich „Pädagogische Organisation“ nutzen können. Die Duldung von nicht datenschutzkonformen Systemen durch den HBDI endet ebenso zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres. Das HBDM weist darauf hin, dass bisher durch Schulträger betriebene Systeme wie BigBlueButton auch weiterhin betrieben werden können; die Verantwortung liegt dann bei den Schulträgern selbst. Klar geäußert hat sich der HBDI zu Microsoft Teams: Dieses ist derzeit nicht datenschutzkonform nutzbar.

## Entlastung der MentorInnen nach der Novellierung der HDG-BV

Die in der Durchführungsverordnung festgeschriebene Regelung, wonach eigenverantwortlicher Unterricht mindestens zwei bis zu vier Unterstützungen durch eine Mentorin oder einen Mentor im Unterricht betreut wird, führte in der Praxis zu erheblichen Unsicherheiten, wie genau eine entsprechende Anrechnung/Entlastung umgesetzt werden soll. Das HKM stellt eindeutig klar, dass eine volle An-

rechnung beidseitig, also sowohl auf der Seite der LfV, als auch auf der MentorInnenseite zu erfolgen habe. Die Ressourcen hierfür seien vorhanden. Beispielsweise gewinne eine Schule bei einem 12 Stunden-Einsatz mit 2 Stunden Doppelsteckung etwa 2 Stunden, bei 10 Stunden Unterricht und 4 Stunden Doppelsteckung verliere die Schule etwa 2 Stunden. Dies sei eine deutliche Verbesserung im Vergleich zur vorherigen Regelung.

\*\*\*

## „Jahresgespräch“ mit dem Kultusminister

Am 10.11. fand das diesjährige Jahresgespräch zwischen dem HPRS und dem Kultusminister statt, in dem zentrale Themen und Anliegen direkt mit dem „Leiter der Dienststelle HKM“ erörtert wurden. Einige Themen im Einzelnen, in sehr komprimierter Darstellung:

## Digitalisierung

Über die Schul-ID Hessen ist die dienstliche E-Mail-Adresse seit einigen Wochen erreichbar, allerdings nach wie vor nicht über ein einfaches „single-sign-on-Verfahren“. Sollte die Nutzung der Schul-ID verbindlich werden, hat das HKM das technische Equipment auch für eine zweite Authentifizierung bereitzustellen; angestrebt werde eine automatische Authentifizierung über das Dienstgerät selbst.

Bezüglich der gerichtlichen Auseinandersetzung um Live-Streams aus dem Unterricht will der Kultusminister zunächst das noch in diesem Jahr zu erwartende Urteil des EuGH abzuwarten, um im HPRS weitere Schritte mit dem HPRS zu erörtern, wie Persönlichkeitsrechte von Beschäftigten bei der Übertragung personenbezogener Daten zu schützen sind.

Zu den unzureichenden Ressourcen bzw. Deputaten beim IT-Support und bei den schulischen Datenschutzbeauftragten erklärte der Kultusminister, dass diese Bereiche perspektivisch nicht durch Lehrkräfte bearbeitet werden sollten. Der HPRS betonte, dass die Entlastung der Datenschutzbeauftragten gesetzlich laut DSGVO vorgeschrieben ist und nicht im Belieben einer Gesamtkonferenz stehen können. Bedingt durch den Mangel an Fachkräften würden die Gelder für den IT-Support noch immer sehr schleppend abgerufen. Beim Datenschutz könnten externe Fachkräfte in den jeweiligen Schulamtsbereichen tätig werden und für mehrere Schulen verantwortlich sein.

Bezüglich der Problematik der zu geringen Speicherkapazitäten bei E-Mail-Konten verwies der Kultusminister auf die Speicheroptionen im Schulportal, die auf Antrag auch über die standardmäßigen 500 MB pro Lerngruppe hinaus erhöht werden könnten.

## INFORMATIONEN FÜR VERSETZUNGEN

**n Generelle Informationen, Auskünfte** Die Wahrscheinlichkeiten für die Genehmigung eines Versetzungsantrags aus Frankfurt hinaus können wir als GPR nicht nennen, das hängt u.a. von der Gesamtversetzungsantragslage ab und dann davon, ob und wie viele Menschen auch nach Frankfurt hinein wollen. Es gibt auch in verschiedenen Bereichen unterschiedlich großen Lehrkräftemangel, für Grundschullehrkräfte oder solche mit Mängelfächern sinken die Wahrscheinlichkeiten.

Über die einzelnen Bescheide werden wir nicht informiert, auch dazu können wir keine Auskunft geben.

**n Wie stelle ich meinen Versetzungsantrag?** Was man tun kann, um einen Versetzungsantrag zu befördern, ist, dass man eine gute und ausführliche Begründung beilegt und diese auch an uns schickt, denn wir vertreten die Lehrkräfte je in der Versetzungskommission im Februar/März. Dort verhandeln GPRLL und SSA jeden einzelnen Fall in Länder-tausch- und hessentinneren Verfahren. Die Begründungen sind dabei unsere einzige Argumentationsgrundlage.

Dabei zählen meist familiäre Gründe vor gesundheitlichen, und diese wiederum vor fachlichen und persönlichen. Es ist sinnvoll, dies beiden Begründungen zu beachten. Je weiter man die Möglichkeiten am Zielort angibt (also möglichst keine Verengung auf eine Schule, einen Stadteil o.ä.), desto höher logischerweise die Einsatzmöglichkeiten. Es kann auch eine Chance sein, den Einsatz an einer anderen Schulfom anzubieten – gerade Grundschulen sind auf der Suche.

**n Zeiträume/Verfahrensablauf:** Nach der Versetzungskommission, also im März/April/Mai (je nach MPO) bearbeitet die Sachbearbeiterin das Bescheid. Für Frankfurt sind das hunderte (!), daher dauert das wirklich eher lang. Letztendlich entscheidet das Schulamt. Unsere Stimme ist – da wir nicht in der Mitbestimmung sind – nur eine Stütze; anderen Einfluss (also ein Veto/Mitbestimmungsrecht) haben wir leider nicht. Wir können aufgrund der oben genannten Menge auch in keine individuellen Nachverhandlungen eintreten, es sei denn, es gab offensichtliche Fehlerquellen.

Wir achten darauf, dass Menschen nicht allzu viele abschlägige Bescheide bekommen; auch wenn es zwar ein Recht auf einen Versetzungsantrag gibt, so gibt es jedoch kein Recht auf eine Versetzung innerhalb eines bestimmten Zeitraums.

Widerspruch einlegen:

Wenn man einen ablehnenden Bescheid bekommt (die gehen ab Mai langsam raus, meist erst die Ländertausch-, dann die hessentinneren Verfahren, dann die schulamtsinternen), kann man Widerspruch einlegen und noch einmal ausführlich begründen, warum diese Entscheidung für einen untragbar ist. Wenn ein Widerspruch eingeht, muss die eigene Verfahren noch einmal individuell geprüft werden, das ist dann eine zweite, wenn auch sehr kleine, Chance.

In der Regel erfolgen keine Freigaben innerhalb der Probezeit. Ausnahmen sind bei einer besonderen Veränderung der Lebens- oder Arbeitssituation möglich.

Es ist auch zu beachten, dass wir nur bis zur Freigabe aus Frankfurt begleiten können, auf die Aufnahme im Zielschulamt (die ein mindestens ebenso häufiger Ablehnungsgrund ist) haben wir keinerlei Einfluss.

## Arbeitsbedingungen und Arbeitzeit

Der HPRS wiederholte seine Forderungen nach Senkung der Pflichtstunden und Erhöhung der Schuldeputate, um die enormen Belastungen der Lehrkräfte zu vermindern und den Beruf insgesamt wieder attraktiver zu machen. Zudem fragte er mit Verweis auf die drastischen Ergebnisse der vergangenen Arbeitszeitstudien, wie die Verpflichtung zur Arbeitszeiterfassung (Urteil des BAG vom 13.9.22) umgesetzt werden sollte. Der Kultusminister erläuterte, dass die Frage der Arbeitszeiterfassung derzeit sorgfältig geprüft werde. Die Erhöhung der Maximalgröße bei Intensiv-Klassen von 16 auf 19 solle wieder rückgängig gemacht werden, sobald die vor allem kriegsbedingt Rekordzahl von Seiteneinsteigern (32 000) wieder auf ein übliches Maß geschrumpft sei.

## Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall, insbesondere an Grundschulen

Der HPRS schilderte den dramatischen Unterrichtsausfall an den Grundschulen durch Lehrkräftemangel, die zum massiven Einsatz von Personal ohne jegliche pädagogische Ausbildung, zur Kürzung der Stundentafel und zur Überschrei-

tung der maximalen Klassengröße führte. Anträge auf Teilzeit, Versetzung oder Sabbatjahr werden kaum mehr genehmigt. Der HPRS bekräftigte seine Forderung nach Einstellung aller auf der Rangliste stehenden Personen, insbesondere aus dem gymnasialen Bereich. Der Kultusminister verwies auf das bereits existierende Programm „Gym nach C“ zur Einstellung im Bereich der Grundschulen, das durch die fehlenden Einstellungsmöglichkeiten an Gymnasien, nach einigen Jahren an der Grundschule, limitiert werde. Nach Berechnungen des Ministeriums werde der Mangel an Grundschulneueinstellungen beseitigt sein, der Mangel im Förderschulbereich werde später. Versorgungsprobleme würden sich perspektivisch vor allem im Sek-I-Bereich ergeben.

## A13 für Grundschullehrkräfte

Den Ausführungen des HPRS zur A13-Diskussion in Hessen in den letzten Jahren, den Formulierungen im Koalitionsvertrag und zur Entwicklung in Richtung A13 in anderen Bundesländern (NRW, NDS, BY, TH...) entgegnete der Kultusminister, dass die Frage der Abwanderung und damit der Konkurrenzfähigkeit für ihn zentral sei.

# „Gym an G“ – das versprochene Erfolgsmodell?

## Gymnasiallehrkräfte an Grundschulen – Aus dem praktischen Schulleben

August 2021, meine Schulleitung betrat meinen Klassenraum, mit einem neuen, jungen Kollegen. Wir wurden einander vorgestellt und ich erfuhr, dass er eine der drei vierten Klassen als Klassenlehrer direkt nach seinem Referendariat übernehmen wird.

### „Die Eintrittskarte“

Herr L. und ich kamen schnell miteinander ins Gespräch, da ich die Deutschlehrerin dieser 4. Klasse war. Nach einer Weile erzählte mir Herr L., dass er eigentlich Gymnasiallehrer sei und mit 18,5 Stunden an unserer Schule unterrichten wird. Meine erste Reaktion: „Wieso übernimmt eine Klassenleitung als Berufsanfänger ohne Grundschulerfahrung und L1-Studium, und wieso unterrichtet er Fächer, die er nicht studiert hat?“ Herr L. erklärte mir, dass er nach seinem Referendariat mit dem Gym an G-Modell die Eintrittskarte

chen mit vielen anderen Gym an G-Lehrkräften berichteten mir die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer von Missbilligung und mitunter Ausgrenzung innerhalb des Grundschulkollegiums.

Die Idee des Kultusministers war es, statt den GEW-Vorschlägen zu folgen, dem Lehrermangel an Grundschulen mit dem Gym an G-Modell entgegenzuwirken, aber daraus entwickelte sich eine zunehmende vielschichtige Herausforderung:

### Folgeprobleme – überflüssig wie ein Kropf

Doppelte Anzahl von Gesamtkonferenzen, fehlende Pausen durch den regelmäßigen Fahrtweg zwischen zwei Schulen, doppelte Anzahl an Elterngesprächen, Jahrgangskonferenzen, Pausenaufsichten, fachfremder Unterricht in Jahren 1 bis 4, Einsatz in den unbeliebtesten

und Aufgaben automatisch an ihre Grenzen stoßen.

### Alle andere als erfolgreich

Die Belastungen der Gym an G-Lehrkräfte wurden zunehmend sichtbar und spürbar, und auch eine gelungene Kommunikation zwischen den Schulleitungen der jeweiligen Grundschulen und Gymnasien, eine der ersten grundlegenden Voraussetzungen für die Abordnung der Kolleginnen und Kollegen, konnte und kann bei weitem nicht alle Probleme für die mittlerweile 100 Gym an G-Lehrkräfte in Frankfurts Schullandschaft lösen.

Klare Regeln, bessere und rechtzeitige Fortbildungen und Hospitationswochen mit Mentorinnen und Mentoren gleich zu Beginn der Abordnung, keine Klassenleitungen in den Grundschulen, A13 für Grundschullehrer und viele weitere Entlas-



Foto: Hermann Joachim/adbstock

## Ungleichgewichte: Inklusionsquoten in Frankfurt

Eine Untersuchung von Professorin Anja Hackbart von der Uni in Mainz zu den Inklusionsquoten in Frankfurt<sup>1</sup> bestätigt, was vielen Kolleg<sup>innen</sup> schon lange klar ist: Im Bereich der inklusiven Beschulung gibt es erhebliche Ungleichgewichte. Dabei gilt die Studie von folgenden Hypothesen aus, die durch die Untersuchung bestätigt wurden:

Kinder: Zwischen 0 und 10 % an den Grundschulen, zwischen 0 und 20 %(!) an weiterführenden Schulen. Ein besonderer Effekt zeigte sich bei den Schulen der Sekundarstufe: Je näher an einer Förderschule die Schule liegt, desto geringer ist die SPF-Quote.

Die Autoren der Studie ziehen folgende Schlussfolgerungen:

1. Es besteht ein Zusammenhang zwischen den sozialstrukturellen Merkmalen des Stadtgebietes (wie Ausländerquote, Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund, Einkommen und Arbeitslosenquote) und der Quote der Sonderpädagogischen Förderung (SPF-Quote) an den Schulen. Je höher die Ausländerquote, der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund und die Arbeitslosenquote in einem Stadtbezirk sind, desto höher ist die SPF-Quote an den Schulen. Je höher das Einkommen in einem Stadtbezirk ist, desto geringer ist dort die SPF-Quote.
2. Je geringer die räumliche Distanz zwischen einer Grund- oder einer weiterführenden Schule und einer Förderschule ist, desto niedriger ist die Inklusionsquote an der untersuchten Schule.

1. Die Schulen in den weniger privilegierten Stadtbezirken sind auf zusätzliche Ressourcen wie Personal, materielle und räumliche Ausstattung, organisationale Strukturen und professionelle Unterstützung angewiesen.

2. Mehr Augenmerk ist auf Fragen der regionalen Schulentwicklung, wie z. B. bei der Bildung inklusiver Schulbindnisse zu richten.

3. Angesichts des menschenrechtsbezogenen Inklusionsanspruchs ist dann wiederum (die/für) Selektion im deutschen Schulsystem noch einmal grundlegend in Frage zu stellen.

### Ein Scherbenhaufen

Nach nunmehr zehn Jahren inklusiver Beschulung liegt – laut statistischen Landesamt – die Anzahl der Schüler\*innen an den 19 Förderschulen über 2.228 (Schj. 21/22) immer noch über der Zahl der inklusiv beschulten mit 1.904 Schüler\*innen (Schj. 20/21).

Für die GEW gilt es zu klären, welche konkreten Schlussfolgerungen aus der Studie zu ziehen sind: Bezüglich der Mindestzuweisung von Förderschullehrerinnen, der Höchstzahl von inklusiv beschulten Kindern pro Klasse (vor allem auch unter Berücksichtigung des Platzbedarfs von Integrationsstellen), der gleichmäÙigeren Verteilung der Kinder mit Förderbedarf zwischen allen allgemeinbildenden Schulen, der Anrechnung der zusätzlichen Arbeit und einer angemessenen Ausstattung mit Mobiliar und Unterrichtsmaterial.

Aber: Aufgrund der nach wie vor mangelhaften Ausstattung und den oben beschriebenen Ungleichgewichten gerät die positive Einstellung der meisten Kolleg<sup>innen</sup> zu Inklusion immer mehr ins Wanken. Es drängt sich die Frage auf, ob – nicht nur in Frankfurt – von einem Scheitern der Inklusion gesprochen werden muss.

Christoph Baumann



für eine Stelle als Gymnasiallehrer bekam, einzige Bedingung:

*Bereitschaft zur Abordnung an Grundschulen für mindestens vier Jahre und zur Teilnahme an einer entsprechenden Fortbildung.*

A 13 Gehalt als Berufsanfänger neben erfahrenen Grundschullehrern mit A12, nicht die beste Voraussetzung für einen harmonischen Start an einer Frankfurter Grundschule. An unserer Grundschule wurde der Gehaltsunterschied nie thematisiert, Herr L. wurde vielmehr als Bereicherung für die Schüler und das Kollegium wahrgenommen, aber nach weiteren Gesprä-

chen und anspruchsvollsten Klassen an den Grundschulen (gerne auch IK-Klassen) und letztendlich mangelnde Kommunikation zwischen den Schulleitungen der Grundschulen und Gymnasien.

So mussten die meisten Gym an G-Lehrkräfte regelmäßig als Sprachrohr zwischen ihren beiden Schulleitungen vermitteln, besonders zu Beginn des Schuljahres, um den Einsatz an zwei Schulen realisieren zu können. Eine Erwartungshaltung, die fachlich wie menschlich kaum lesbar ist, vor allem mit der noch fehlenden Erfahrung der vielen jungen Kolleginnen und Kollegen, die mit Organisation und der Übernahme verschiedenster Rollen

ungen – alles bekannte Vorschläge der GEW – braucht es dringend, damit die Gym an G-Lehrkräfte nicht schon nach einem Jahr ausgebrannt sind und darüber nachdenken, etwas ganz Neues zu suchen und den Lehrerberuf komplett aufzugeben. Denn dann würde sich die Personalbedarfs-Fehlplanung – oder soll man sagen, das Desinteresse des Kultusministers an Planung überhaupt? – noch weiter fortsetzen.

Das angekidnigte Erfolgsmodell ist alles andere als erfolgreich und außerdem für uns Grundschullehrer ein Schlag ins Gesicht – nach dem Motto: Grundschule kann jede und jeder!

eine Grundschullehrerin



Deutscher Gewerkschaftsbund Hessen-Thüringen

# Verfassungskonforme Besoldung nicht in Sicht!

## Wie ist der aktuelle Stand?

Das Innenministerium hat einen Gesetzentwurf zur weiteren Anpassung der Besoldung und Versorgung im Jahr 2023 und 2024 erarbeitet, der durch die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN in den Landtag eingebracht wurde.

## Was haben CDU und GRÜNE vor?

Durch das Gesetz soll die verfassungskonforme Alimentation ausgedrückt nicht hergestellt werden. Vorsehlich ist ein erster Schritt in diese Richtung.

## Geplant sind:

o **Erhöhung der Bezüge der Beamt\*innen** und Versorgungsempfänger\*innen: Grundgehaltssätze, Familienzuschlag, Anzuschläge, Allgemeine Stellenzulage, Anwärtergrundbetrag sowie Unfallausgleich, Schwerstbe-

## Wie begründet die Landesregierung, dass keine verfassungsgemäße Alimentation hergestellt wird?

Im Gesetzentwurf wird erklärt, die verfassungskonforme Besoldung könne „in Abwägung mit haushaltsrechtlichen Erwägungen“ nicht hergestellt werden, vorgesehen sei „schrittweise“ vorzugehen.

Das Land Hessen habe „weitere gleichrangige und vergleichbare haushaltsaufwändige Aufgaben zu tragen und zu finanzieren“, so der Klima- und Umweltschutz, die Bekämpfung der Pandemiefolgen, die Kosten der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie die Inflation.

Weiter heißt es: „In einer Sonderstudie wie der im Jahr 2022 und absehbar auch für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 [ist] an denfalls die zwingende Umsetzung der höchstgerichtlichen Vorgaben durch geeignete Maßnahmen aus Kostengründen nicht möglich und

formität erreicht werden soll, noch ob die Kolleg\*innen, die seit 2013 verfassungswidrig zu niedrig besoldet wurden, Nachzahlungen erhalten. Auf diese Antworten haben die Beamt\*innen aber einen Anspruch.“ (Michael Radolob, Vorsitzender DGB Hessen-Thüringen)

## Was fordern die DGB-Gewerkschaften?

Vor allem hätte Hessen sehr viel früher anfangen müssen. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat 2021 festgestellt, dass nach den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts der verfassungsrechtlich gebotene Mindestabstand zur Grundsicherung seit 2013 durchgängig unterschritten wurde. Für die maßgebliche vierköpfige Beamt\*innenfamilie liege die Eingangsbesoldung sogar sehr deutlich unterhalb der Grundsicherung.

Die Urteile waren seit Mai 2020 absehbar. Die Landesregierung hat eine Besoldungsreparatur so lange wie möglich herausgezögert, damit die Lücke weiter vergrößert und soziale Notlagen ihrer Bediensteten in Kauf genommen.

Jeft reichen keine kleinen Scheibchen, der große Wurf ist nötig!

Dabei ist die Landesregierung in der Pflicht, die umfangreichen Berechnungen nach den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts vorzulegen, um zu belegen, dass Hessen verfassungskonform besoldet. Als Sofortmaßnahmen, zur Überbrückung des Zeitraums der Erarbeitung eines Gesetzes zur Herstellung der verfassungskonformen Besoldung, haben wir seit Anfang 2022 gefordert:

1. Besoldungsanhebung um 3,4 Prozent, zum Ausgleich der nicht übertragbaren Tarifserhöhungen 2015 und 2016.
2. Gezielte Maßnahmen für die unteren Besoldungsgruppen, u. a. die Erhöhung um den tariflichen Mindestbetrag von 65 Euro zum 1. August 2023.
3. Kompensation der Nullmonate 2022 für die Versorgungsempfänger\*innen.

Zusätzlich sollten die noch anhängigen Disziplinarverfahren wegen des „Beamtensstreiks“ eingestellt werden. Die massive Kritik der Bediensteten an der Nullrunde 2015 und der Erhöhung um ein Prozent 2016 war leider berechtigt.

Was CDU und GRÜNE vorgelegt haben, ist zu wenig und zu spät! Der erste Schritt bleibt noch hinter den Einbußen aus 2015 und 2016 zurück. Wir werden weiter Druck machen. Denn wir bleiben dabei:

Gerechte Besoldung jetzt!

## Stichwort:

# Lehrermangel

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin Lehrer im hessischen Schuldienst, und möchte Sie heute über skandalöse interne Vorgänge in der hessischen Schulbürokratie informieren, über die die Öffentlichkeit bisher noch nicht oder nicht ausreichend informiert worden ist.

Wie Sie ja wissen, fehlen den hessischen Schulen Lehrkräfte und es wird seitens der Hessischen Kulturbürokratie immer wieder betont, dass alles Erforderliche unternommen werde, um den Lehrkräftemangel entgegenzuwirken – durch Bereitstellung von TVH-Verträgen für Lehramtsstudenten, Seiteneinsteiger, in Rente oder Frührente verabschiedete nichtverbeamtete Lehrkräfte und für pensionierte oder frühpensionierte Lehrer.

Was aber der Bevölkerung verschwiegen wird ist, dass zwar – meine Kenntnisse beziehen sich vor allem auf Schulen im Rhein-Main-Gebiet – eine größere Menge von TVH-Verträgen vergeben werden, jedoch nicht verantwortlich sichergestellt wird, dass eine fristgerechte Bearbeitung durch die Verwaltung, bis hin zur Auszahlung von Gehältern der angestellten Lehrer, in angemessener Weise erfolgt. Oder wie das eine Mitarbeiterin in einer hessischen Behörde kürzlich auf den Punkt zu bringen versuchte:

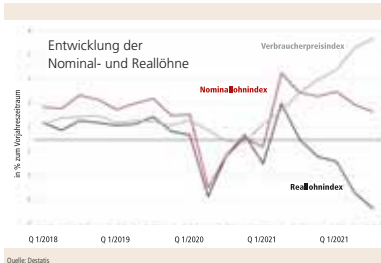
„Man pumpt immer mehr Lehrer in das Schulsystem, unterstützt aber nicht die Verwaltung bei der Bearbeitung der dramatisch an-

wachsenden Zahl an Verträgen und der pünktlichen Auszahlung der Gehälter.“

Derzeit klagen die Schulbehörden und die Hessische Bezugsstelle über ein steigendes Maß an Überlastung. Folge: Die Bearbeitung der Verträge zieht sich in die Länge und die Gehaltszahlungen lassen auf sich warten. Bei Rückfragen, bis wann spätestens das Gehalt überwiesen wird, erhalten die Betroffenen dann oft ausweichende Antworten nach dem Muster: „Wir tun, was uns möglich ist.“

Geld gespart wird seitens der Kulturbürokratie jedoch nicht nur bei der Abwicklung von üblichen TVH-Verträgen. Auch beim Einsatz von Pensionären versucht man finanziell auf die Bremse zu treten, obwohl deren Erfahrungen in Zeiten eines dramatischen Lehrkräftemangels den Schulen einen hohen Nutzen bereistellen könnten. So müssen sich pensionierte oder frühpensionierte Lehrkräfte, die ausdrücklich weiterarbeiten möchten, mit einer drastischen Rückgruppierung der Gehaltsstufe – auf die eines Berufsanfängers nämlich – abfinden. Und wundert es da, dass die vom Kultusministerium an pensionierte Lehrer gerichtete Aufforderung zur Weiterarbeit bis heute bei den Angesprochenen auf vergleichsweise geringen Widerhall gestoßen ist.

Mit freundlichen Grüßen  
Anonym



schädigtzuschlag, Mehrarbeitsvergütung und Polizeimehrarbeitsvergütung, (zusätzlich zur Abhebung um 1,89 Prozent ab 1. August 2023), um 3 Prozent zum 1. April 2023 und um 3 Prozent zum 1. Januar 2024.

o **Anhebung des Familienzuschlags** für das erste und zweite Kind um jeweils monatlich 100 Euro, für das dritte sowie für jedes weitere Kind um monatlich 300 Euro, ab 1. April 2023.

o **Streichung der Besoldungsgruppe A5** zum 1. April 2023, Überleitung der Bediensteten in die A6 (Beibehaltung der Stufe, Weiterlaufen der Stufenlaufzeit).

o Überleitung der aus A4 oder A5 abgeleiteten Versorgung in die A6 zum 1. April 2023.

o **Neuordnung der R-Besoldung:** Wegfall der Stufen 1 und 2 in den Besoldungsgruppen R1 und R2, Überleitung in die jeweils übernächste Stufe (Weiterlaufen der Stufenlaufzeit) Grundgehalt nach Stufe 5 bei R2 Stufe 3 und 4 zum 1.4. 2023.

mit erheblichen Nachteilen für die Bediensteten verbunden.“

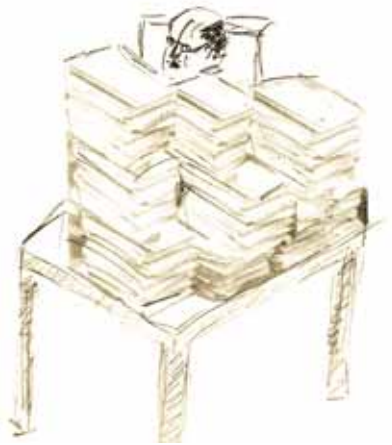
## Was sagen wir dazu?

Der DGB Hessen-Thüringen und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes kritisieren den Gesetzentwurf und das Vorgehen scharf.

„Nachdem wir fast zwei Jahre Druck gemacht haben, liegt nun endlich ein Vorschlag für eine Besoldungsreform vor. Verfassungskonform wird die Besoldung dadurch aber nicht. Der notwendige Abstand zur Grundsicherung wird nicht hergestellt, die Besoldung bleibt vor allem in den unteren Gruppen zu niedrig. Nur mit Glück wird die Lücke nicht noch größer werden.“

Zudem ist das Vorgehen inakzeptabel. Ohne auch nur mit den Gewerkschaften gesprochen zu haben, wurde von den Regierungsfractionen dieser unzureichende Gesetzentwurf vorgelegt. Der Gesetzentwurf gibt weder eine Antwort darauf, wie oder wann die Verfassungskon-

Wir schaffen das...





# Tarifeinigung bei der ASB Lehrervereinigung!

**In der Tarifeinigungsvereinbarung zwischen den Gewerkschaften GEW und ver.di mit der ASB Lehrervereinigung gGmbH in Frankfurt haben sich am 29. September 2022 beide Seiten nach intensiven Verhandlungen auf ein Tarifergebnis verständigt.**

Dieser Tarifabschluss bei einem freien Träger stellt einen bedeutenden Erfolg dar, wird doch mit dem vereinbarten absehbaren Erreichen des TVöD-Niveaus und der dynamischen Anbindung an zukünftige TVöD-Abschlüsse die lange bestehende Forderung „Gleiches Gehalt für gleiche Arbeit“ eingelöst. Für die Erzieher und Erzieherinnen bei der ASB Lehrervereinigung heißt das, dass sie dann wie die Kollegen und Kolleginnen bei der Stadt Frankfurt, nämlich nach Entgeltgruppe S8b bezahlt werden (wobei günstigere Regelungen bei der Jahresendabrechnung u.a. verrechnet werden). Damit ist eine schon lang bestehende Forderung der Gewerkschaften erfüllt. Bisher war und ist das Gehaltsniveau der ASB Lehrervereinigung knapp unter dem Frankfurter TVöD-Niveau, da einige Einrichtungen und Projekte nicht ausreichend gegenfinanziert sind.

## TVöD-Niveau beim Gehalt für 2024 vereinbart

Mit dem Ergebnis ist sichergestellt, dass das Gehaltsniveau bei der ASB Lehrervereinigung jetzt aber spätestens im Oktober 2024 das Niveau

des TVöD im kommunalen Bereich erreicht. Das gilt auch für die Beschäftigten in der Verwaltung.

## Übernahme des Ergebnisses zum Sozial- und Erziehungsdienst mit den Kommunen und automatische Übernahme des Tarifergebnisses bei den Kommunen 2023

Für 2023 haben sich die Tarifvertragsparteien auf die Übernahme des Verhandlungsergebnisses bei den Kommunen in der SuE-Runde 2022 geeinigt. Die Tabellentgelte der Leitungen im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes werden darüber hinaus rückwirkend zum 1. Juli 2022 bereits auf das TVöD-Niveau angehoben. Wichtig für die Gewerkschaften war die Verständigung darüber, dass die Beschäftigten der ASB Lehrervereinigung im kommenden Jahr automatisch dieselbe Erhöhung der Entgelttabellen erhalten wie die Beschäftigten bei den Kommunen. Diese „dynamische Bezugnahme“ stellt jetzt schon sicher, dass die Beschäftigten bei der ASB Lehrervereinigung in einer schwierigen wirtschaftlichen und tarifpolitischen Situation nicht erneut Bo-

den zum TVöD-Niveau verlieren. Die dynamische Bezugnahme gilt bis mindestens Juni 2025.

Darüber hinaus haben sich beide Seiten auf einen gesonderten Tarifvertrag zu den Arbeitsbedingungen der Auszubildenden geeinigt, der sich ebenfalls an den entsprechenden Tarifverträgen im öffentlichen Dienst orientiert. Dieser tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

## Problem ESB-Leitungen

Für den Bereich der Leitungen in den Erweiterten Schulischen Betreuungen konnte leider keine befriedigende Einigung erzielt werden. Denn für den Ganztags wies auch das SuE-Tarifergebnis mit den Kommunen vom Mai 2022 keine Regelung auf. Verdi und Kommunen haben sich diesbezüglich auf weitere Verhandlungen 2025 geeinigt. Sollte es bei diesen späteren Verhandlungen zu einem Ergebnis kommen, steht die Frage der Eingruppierung der Ganztags-Leitungen auch bei der ASB Lehrervereinigung wieder auf der Tagesordnung.

## Tarifbindung – Träger hört die Signale!

Es ist also gelungen einen freien Träger mit einem Haustarifvertrag in die Tarifbindung auf materiellem Niveau des TVöD zu bringen. Ein Erfolg der sich vor allem dem beherrschenden Einsatz der Gewerkschaftsmitglieder bei der ASB Lehrervereinigung verdankt, die in vielen Jahren mit Protest und Streiks die Grundlagen für diesen Abschluss gelegt haben. Man kann hoffen und auch darauf hinwirken, dass sich möglichst viele Kolleginnen bei anderen freien Trägern dies zum Vorbild nehmen. Denn die bloße „Anlehnung an den TVöD“ (so die häufig benutzte Formel bei freien Trägern) ist eben keine rechtlichere Regelung, sondern lässt den Arbeitgeber:innen die Möglichkeit, den TVöD nicht vollumfänglich umzusetzen. Dies hat nicht nur materielle Auswirkungen, weil gegebenenfalls weniger Gehalt ausgezahlt wird oder andere Bestandteile von Tarifabschlüssen nicht umgesetzt werden. Die bloße Anlehnung an den TVöD ermöglicht den Beschäftigten darüber hinaus auch nicht an Streiks während der Tarifeinigungsvereinbarungen des Öffentlichen Dienstes teilnehmen und sich so wirkungsvoll für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen einsetzen zu können. Anders dagegen bei Betrieben, wie eben der ASB Lehrervereinigung, bei denen eine dynamische Bezugnahme auf den TVöD geregelt ist. Die dynamische Tarifbindung verbessert also auch insgesamt die Ausgangslage für zukünftige Auseinandersetzungen: mehr Kolleginnen sind dann dabei, wenn es wie in der für nächstes Frühjahr anstehenden Tarifrunde zu Arbeitskämpfen kommen wird.

Wichtige Gründe also eine Tarifbindung auf TVöD-Niveau anzustreben. Der Abschluss bei der ASB Lehrervereinigung sendet ein deutliches Signal an Beschäftigte, dass sich der Kampf für eine Tarifbindung lohnt, und er setzt andere freie Träger unter Druck, jetzt nachzuziehen. Gut so!



Andreas Werther  
Referent Sozialpädagogik  
und Weiterbildung







## Studierende und Beschäftigte fordern Unterstützung vom Land Hessen

„Es braucht ein hessenweites Energie-Hilfspaket“

**Darmstadt.** 1.500 Studierende und Beschäftigten demonstrierten am Donnerstag gegen drohende Einschränkungen im Lehrbetrieb der Technischen Universität Darmstadt und die steigenden finanziellen Belastungen in Privathaushalten.

„Es braucht ein hessenweites Energie-Hilfspaket“, forderte Dr. Simone Claar, stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft

Erziehung und Wissenschaft, anlässlich der Proteste in Darmstadt.

Die Forderungen der Protestierenden konzentrierten sich auf bezahlbares Wohnen in Darmstadt, ein höheres BafoG und eine möglichst langanhaltende Öffnung der Universität. Der hohe Anstieg der Heizkosten, insbesondere der Gaspreise, setzt die Universität trotz geltender Gaspreisbremse unter star-

ken finanziellen Druck. Einige Bundesländer, wie Baden-Württemberg, Berlin, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Sachsen haben eine zusätzliche finanzielle Unterstützung der Hochschulen zugesagt oder in Planung. In Hessen sind zusätzliche Gelder noch nicht in zusätz-

*Pressemitteilung der GEW Hessen vom 24.11.2022*

## Hochschulen in der Krise helfen: Notwendig sind Taten statt heißer Luft

Anlässlich der Debatte um die Situation der hessischen Hochschulen erklärt Elisabeth Kula, Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag:

„Der schwarzgrüne Selbstbeherrschungsantrag geht an der Realität an Hessens Hochschulen meilenweit vorbei. Weder sind die Hochschulen auskömmlich finanziert, noch ist das hessische Bildungssystem auf Chancengleichheit

und Bildungsgerechtigkeit ausgelegt.“

Die Hochschulen müssten teilweise früher in die Winterferien, so Kula. Und zeitweise drohe sogar die Schließung von Bibliotheken, da die Energiekrise sie in tiefe finanzielle Nöte treibe.

Zudem sei der sogenannte Mittelbau aufgrund der Abhängigkeit von Drittmitteln noch immer überwiegend durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse geprägt.

„Und auch die Studierenden müssen nach Corona erneut um die finanzielle Existenz bangen. Lebenshaltungskosten und Energiepreise sind drastisch gestiegen, das Essen in den Mensen ist teurer geworden. Leider ist Schwarzgrün nicht bereit, die notwendigen Hilfen auf den Weg zu bringen.“

*Pressemitteilung der Fraktion Die Linke im Landtag vom 8.12.2022*



## LehrgewerkschafterInnen in Iran verhaftet und verurteilt

Rede von Heiner Becker auf dem Römerberg am 29. Oktober

Liebe TeilnehmerInnen an dieser Kundgebung auf dem Römerberg, gerne spreche ich zu euch im Namen der in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft organisierten ehemaligen Lehrkräfte und Erzieher in Frankfurt und Hessen.

Euer Engagement folgt dem Grundsatz: „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle“, ein Grundsatz, der die Werktätigen in der ganzen Welt vereint.

Wir protestieren mit euch gegen den entsetzlichen Blutraub des iranischen Regimes gegen die Menschen in Iran, die nichts anderes fordern als das, was für uns selbstverständlich ist: die allgemeinen Menschenrechte, Selbstverwirklichung gegen Fremdbestimmung, gleiche Rechte für Frauen und Männer, Recht auf Organisation, insbesondere in freien Gewerkschaften.

Wir fordern mit euch die Beendigung der illegalen Gewalt gegenüber den Demonstranten in Iran; wir fordern mit euch die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in Iran.

Unsere besondere Hochachtung haben auch die Lehrkräfte im Iran verdient, die am Montag und Dienstag dieser Woche in den Sitzstreik traten, obwohl sie damit rech-

neten, sofort verhaftet zu werden. Sie werden nicht alleine gelassen!

Seit mehreren Jahren engagiert sich die GEW und die Bildungsinternationale, der weltweite Zusammenschluss der Bildungsgewerkschaften, für die Freilassung der inhaftierten Mitglieder des Koordinationsrates des Berufsverbandes der LehrerInnen in Iran, namentlich Esmail Abdi.

Kürzlich wurden drei Vorstandsmitglieder der Teachers Trade Association von Mariwan – die Kollegen Eskandar Lotfi, Shaban Mohammadi und Masoud Nikkhhah, verhaftet während der Protestaktionen am 1. Mai – bedingt aus der Haft entlassen. Das ist eine gute Nachricht!

Anderer Kollegen dagegen – darunter Rasoul Bodaghi, Jafar Ebrahimi und Mohammad Habibi – wurden zu langjähriger Haft verurteilt. Und das ist keine gute Nachricht!

Aber: Auch sie werden nicht alleine gelassen! Wir werden uns für ihre Freilassung und Freiheit einsetzen. So wird die Parole: „Hoch die internationale Solidarität“ mit Leben gefüllt.

Ich wünsche der Kundgebung und Demonstration einen guten Verlauf.



Eine der Streikkundgebungen der UKGM am 20.9.2022 in Wiesbaden

## Solidarität mit den Streikenden der Uniklinik Marburg und Gießen

24.11.2022. Der Landesvorstand der GEW Hessen erklärt sich solidarisch mit den Streikenden des Universitätsklinikums Gießen und Marburg.

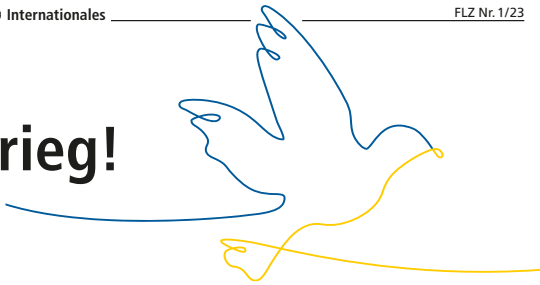
Die GEW unterstützt insbesondere die Rückführung der Unikli-

nik Gießen und Marburg in die öffentliche Hand.

Das Gesundheitswesen als systemrelevanter Bereich darf nicht nach Profitstreben strukturiert sein. Das schadet den Beschäftigten und den Patient:innen.

# Kein Tag länger Krieg!

Internationale Solidarität für  
Waffenstillstand und Verhandlungen  
jetzt!



**Unter diesem Motto hat die AG Krieg und Frieden des GEW BV Frankfurt am Main am 12. Dezember 2022 eine mit 80 Personen gut besuchte Veranstaltung im Frankfurter DGB-Haus durchgeführt.**

**Von den Referentinnen und Referenten wurden die folgenden Aspekte vorgetragen und im Plenum diskutiert:**

**Andreas Zumach** (Foto S. 15) Journalist und Publizist, gab auf dem Hintergrund seiner Erfahrungen eine längere Einführung, in der er u.a. die folgenden Aspekte beleuchtete:

Kostspielige Hochrüstung, eine auf lange Dauer angelegte Konfrontation mit Russland sowie die Vernachlässigung von Klimawandel, Hunger und anderen globalen Herausforderungen – diese „Zeitenwende“ bieten Politik und Medien fast unisono an als angeblich alternativen Antwort auf Putin-Russlands völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine. Was wären die Chancen und notwendigen Schritte für eine militärfreie, ökologische sowie sozial und global gerechte Zeitenwende und für eine europäische Friedensordnung, die es nur mit Russland geben kann?

**Britta Brandau** (Foto unten) Ver.di, referierte über die Diskussionen bei ver.di:

Die Auswirkungen der Aufrüstungs- und Sanktionspolitik verhindern die längst überfälligen Investitionen in die Daseinsvorsorge. Deshalb hat ver.di sich gegen Rüstungshaushalte ins Grundgesetz positioniert: „Keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete – Milliarden für Pflege, Bildung, Klimaschutz statt zur Aufrüstung der Bundeswehr“ ist die Forderung der ver.di-Berzirkskonferenz Frankfurt und Region vom 5. November 2022.

**Herbert Storn** (Panel 3 v. l.), GEW, ging schwerpunktmäßig auf die Sanktionen und ihre Auswirkungen ein:

Wie bringen wir den gleichzeitig mit dem militärischen Krieg stattfindenden und damit verwobenen Wirtschaftskrieg über Sanktionen ins öffentliche Bewusstsein? Beide Kriege verschärfen die sozialen Gegensätze – national wie international. Sie sind sozial und ökologisch ein Desaster!



V.l.n.r.: Andreas Zumach, Ariane Alba Márquez, Herbert Storn und Britta Brandau

## Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen Krieg und Sanktionsregime!



**Ariane Alba Márquez** (oben), SDS, nahm sich die Gefahren vor, die von zunehmender Militarisierung und Feindbildern ausgehen:

Je länger der Krieg angeheizt wird, desto mehr wird das öffent-

liche Klima auf die Produktion von Feindbildern und Militarisation getrimmt. Wir fordern mit 60 Prozent der Bevölkerung einen sofortigen Waffenstillstand. Ins Bewusstsein zu heben ist die Rolle von Deutschland als Frontstaat. Mit militärischen Hauptquartieren der USA und der NATO und den Atomwaffen in Büchel sind wir die ersten Betroffenen.

**Maximilian Waclawczyk**, IGM, war wegen Krankheit verhindert, hätte aber ansonsten über die Gefährdung unserer Lebensgrundlagen durch Aufrüstung und Krieg gesprochen:

Nur wenn es uns gelingt, den Frieden in Europa wiederherzustellen, werden wir die gewaltige Herausforderung bewältigen, vor der wir stehen – den Erhalt unserer Lebensgrundlagen durch die erfolgreiche Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation. Höhere Ausgaben für Rüstung und Verteidigung verringern dem fiskalischen Spielraum dafür.

Die GEW hat sich auf ihrem Bundesgewerkschaftstag 2022 gegen eine Feindbilderziehung gewandt. Inzwischen wird aber das öffentliche Klima fast vollständig auf die Produktion täglicher Feindbilder, die Werbung für mehr deutsche Kriegsbeteiligung und die Ausblendung kritischer Sachverhalte getrimmt.

So konnte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Mützenich, auf eine Terrorliste der Ukraine gesetzt werden, ohne dass es einen Aufschrei in der Öffentlichkeit gegeben hätte! Und Mützenich ist nicht der Einzige! Alice Schwarzer gehört wegen ihres Aufrufs für Friedensverhandlungen ebenfalls dazu.

Wir wollen dies ändern und setzen uns dafür ein, dass unsere Gewerkschaften die Friedensfrage entscheidender in Richtung Waffenstillstand, Verhandlungen und Beendigung des Wirtschaftskrieges thematisieren und propagieren.

*Herbert Storn für die AG*





# Der Ukrainekrieg verschärft die Destabilisierung der internationalen Kontrolle von Atomwaffen

## Putin-Russlands atomare Drohungen sind keine Premiere

Seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre mit damals über 40.000 einsatzfähigen Atomsprengköpfen allein in den Arsenalen der USA und der damaligen Sowjetunion wurden eine Reihe bilateraler und multilateraler Abkommen zur Kontrolle und Abrüstung atomarer Massenwaffen vereinbart. Die Destabilisierung dieses internationalen Kontrollregimes für Atomwaffen hat bereits vor 20 Jahren begonnen, lange vor dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg von Putin-Russland gegen die Ukraine. Für diese Destabilisierung sind zwar nicht ausschließlich, aber doch in erster Linie die USA verantwortlich.

★

Im Jahr 2002 kündigte die Bush-Administration den 1972 mit der Sowjetunion vereinbarten ABM-Vertrag auf, durch den Raketen- und Abwehrsysteme (Anti Ballistic Missiles) auf jeweils eine Anlage zum Schutz der beiden Hauptstädte Washington und Moskau begrenzt wurden. 2018 verließ die Trump-Administration das 1987 mit Moskau vereinbarte und ganz wesentlich durch die damalige Friedensbewegung bewirkte Abkommen zum vollständigen Verbot und der Verschrottung landgestützter atomarer Mittelstreckenwaffen (INF). Auch aus dem 1992 von den damals 35 Mitgliedsstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) beschlossenen „Open Skys“-Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen im Luftraum, der relevant ist mit Blick auf atomar bewaffnete Kampfflugzeuge, traten die USA im Jahr 2020 aus. Ein Jahr später verließ dann auch Russland das „Open Skys“-Abkommen.

★

Der bereits 1976 von der UNO-Generalsversammlung beschlossene Vertrag zum Verbot von atomaren Testexplosionen für militärische wie für zivile Zwecke (Comprehensive Test Ban Treaty, CTBT) ist bis heute nicht in Kraft treten. Zwar haben 176 der 193 UNO-Mitgliedsstaaten den CTBT inzwischen ratifiziert. Doch für sein Inkrafttreten fehlt weiterhin die Ratifikation durch acht Staaten (USA, China, Iran, Israel, Ägypten, Indien, Pakistan, Nordkorea), die bei Vertragsabschluss bereits über Nuklearanlagen sowie über die technologischen Fähigkeiten zu atomaren Testexplosionen verfügten.

★

Erheblich geschwächt wurde seit Beginn des Jahresausgangs auch der 1970 vereinbarte Vertrag zur Nichtverbreitung von Nuklearwaffen (NVV). Denn alle fünf durch diesen Vertrag offiziell anerkannten Atomwaffenmächte USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und

Frankreich erfüllen ihre in Artikel 6 des NVV vorgesehenen Abrüstungsverpflichtungen nicht. Diese vertragswidrige Haltung der fünf ständigen Vetomächte des UNO-Sicherheitsrates (Five Permanent members, P5) war der wesentliche Grund für das Scheitern fast aller NVV-Überprüfungskonferenzen, die von 1990 bis 2015 alle fünf Jahre stattfanden.

★

Statt ihre NVV-Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen, rüsteten die P5 in den letzten Jahren verstärkt auf. Insbesondere die USA und Russland, sowie in geringerem Maße auch Frankreich und Großbritannien „modernisieren“ ihre atomaren Arsenale mit neuen Waffen, die immer zerstörungsstärker, zielgenauer, schneller und flexibler einsetzbar sind als ihre Vorgänger. Dadurch wird die Schwelle zum tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen gesenkt, und die Bedrohungswahrnehmungen auf der jeweils anderen Seite werden verstärkt. China plant eine massive Verstärkung seines – im Vergleich zu den USA und Russland bislang sehr kleinen – Atomwaffenarsenals. Und auch die vier inoffiziellen Atomwaffenmächte Israel, Indien, Pakistan sowie Nordkorea betreiben den Ausbau ihrer Arsenale.

★

Auch bei den wichtigen Bemühungen, in der besonders konfliktreichen Weltregion des Nahen und Mittleren Ostens eine Ausbreitung atomarer Waffen zu verhindern, gab es in den letzten Jahren Rückschläge und Mißerfolge. Die New Yorker NVV-Überprüfungskonferenz im Jahr 2010 hatte den Auftrag an den UNO-Generalsekretär beschlossen, spätestens 2012 eine Beratungskonferenz über die Schaffung einer von Atomwaffen sowie chemischen und biologischen Massenvernichtungsmitteln freien Zone im Nahen und Mittleren Osten einzuberufen. Doch die Umsetzung dieses Auftrages wurde von den USA und Israel bis heute untertrieben. 2018 verließen die USA unter Präsident Trump zudem das 2015 vereinbarte Abkommen zur Kontrolle des iranischen Nuklearprogramms

und seiner Beschränkung auf strikt nichtmilitärische Zwecke und verhängten unter Bruch dieses Abkommens sowie des Völkerrechts neue Sanktionen nicht nur gegen Teheran sondern auch gegen Unternehmen und Banken aus Drittstaaten, um diese zum Abbruch aller Wirtschaftsbeziehungen mit Iran zu nötigen. In Reaktion auf das Vorgehen der USA begann die iranische Regierung mit der Verletzung einzelner Bestimmungen des Abkommens. Diese Verletzungen waren zwar immer verbunden mit der Erklärung der Regierung, sie werde nach einer Korrektur der US-Politik den Vertrag wieder ohne Einschränkung erfüllen. Inzwischen ist Iran durch die Hochanreicherung von Uran allerdings der Herstellung atomwaffenfähigen Spaltmaterials immer näher gekommen. Die von der Trump-Administration verhängten Sanktionen trugen wesentlich dazu bei, dass die Gegner des Abkommens in Teheran gestärkt wurden und die letzte Präsidentenwahl von dem Kandidaten der außen- und innenpolitischen Hardliner im Iran, Ebrahim Raisi gewonnen wurde.

### Verstärkte Destabilisierung durch den Ukrainekrieg

Der Ukrainekrieg hat die Dynamiken zur Destabilisierung der Atomwaffenkontrolle weiter verstärkt. Zum Einen durch die Drohung des russischen Präsidenten mit einem Einsatz von Atomwaffen in diesem Krieg. Anders als von vielen westlichen Politiker\*innen und Medien behauptet, ist das allerdings keineswegs die erste ernsthafte Drohung einer Atomwaffenmacht. US-Präsident Trump drohte Nordkorea im September 2017 vor der UNO-Generalsversammlung mit der „völligen Zerstörung“. Und in den beiden Kriegen gegen Irak 1991 und 2003 drohte die US-Administration der Regierung in Bagdad mit dem Einsatz von Atomwaffen.

Seit Beginn des Ukrainekrieges hat die Biden-Administration verhängt, dass sich die USA in ihrer Nuklearstrategie auch weiterhin das „Recht“ vorbehalten, als erster in einem Konflikt Atomwaffen einzusetzen (First-Use) und notfalls sogar gegen Nicht-Atomwaffenstaaten. In seinem Wahlkampfauftritt

sich Biden noch für eine „No first use“ Politik ausgesprochen sowie für eine weitere Beschränkung der Einsatzoptionen.

In den europäischen NATO-Staaten hat der Ukrainekrieg zu einer Neubekräftigung der angeblich unverzichtbaren atomaren Abschreckungspolitik geführt, wie nie zuvor seit den 1980er Jahren. Auch die in den letzten Jahren gewachsene Kritik an der nuklearen Teilhabe – also der Stationierung von jeweils rund 20 US-Atombomben in Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Italien und der Türkei, die im Kriegsfall auch von den Luftstreitkräften dieser fünf Länder eingesetzt werden können – ist außerhalb der Friedensbewegung und einigen kleinen Linkspartnern völlig verstummt. In Deutschland ist dieser neue Konsens besonders eindringlich an der einstigen „Friedenspartei“ der Grünen zu beobachten, deren Bundestagsabgeordnete, Funktionäre und einfachen Mitglieder – ihrer Galionsfigur Außenministerin Baerbock und deren hartem Konfrontationskurs gegen Russland zumindest in den ersten zehn Kriegsmonaten wie die Lemminge folgten.

Der von den USA auf den Dezember 2022 vorgezogene „Modernisierungsersatz“ der 100 Atombomben durch neue, für den russischen Feind bedrohlichere Anschaffungsmodelle und die Nachfolge neuer US-Kampfflugzeuge für den Einsatz dieser neuen Bomben – in Deutschland allein für 35 Milliarden Euro – verläuft fast ohne jede Diskussion.

Die ohnehin schwierigen Verhandlungen zur Rettung des Abkommens über das iranische Nuklearprogramm – durch einen Wiederbeitritt der USA und die Erfüllung aller Vertragsbestimmungen durch Iran – stehen am Rande des Scheiterns. Denn seit Beginn des Ukrainekrieges ist Russland aus der bis dato gemeinsamen Verhandlungslinie der P5 ausgeschieden. Teheran liefert Moskau inzwischen Waffen für den Krieg gegen die Ukraine. Umgekehrt bewahrt die Vetomacht Russland im UNO-Sicherheitsrat das Regime in Teheran vor jeglicher Kritik an seinem brutalen Vorgehen gegen die innenpolitische Opposition.

Sollten die Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm endgültig scheitern und Teheran seine Maßnahmen hin zur Produktion von Atomspengköpfen fortsetzen, droht ein heißer Krieg der USA und Israels gegen Iran unter eventueller Beteiligung Saudi Arabiens und anderer Golfstaaten. Dieser Krieg könnte verheerende Auswirkungen für die Region des Nahen und Mittleren Ostens haben als alle Gewaltkonflikte und Kriege, die seit 1945 in dieser Region stattgefunden haben, und im schlimmsten Fall auch zu einer militärischen Konfrontation zwischen den USA und Russland führen.

Andreas Zumach



Andreas Zumach, Berlin, Journalist und Buchautor, von 1988–2020 UNO-Korrespondent in Genf für die „taz“ und zahlreiche weitere Medien

## KOMPETENT. FLEXIBEL. ANGEPASST. ZUR KRITIK NEOLIBERALER BILDUNG

Dr. Andreas Helgermann, trug am 29. September 2022 in Frankfurt seine Gedanken zur Kritik neoliberaler Bildung vor. „Kompetent. Flexibel. Angepasst“ lautete der provokative Titel dieser inzwischen bereits 6. Veranstaltung zur Ökonomisierungskritik von Bildung.

Helgermann stellte die Frage: Ist die Zeit der Kritik vorbei?

Manchmal sehe es so aus. Der digitale Selbstunternehmer scheint sich als europäisches Bildungsideal durchgesetzt zu haben. Er braucht keine Kritik. Seine Vernunft, auf die auch zukünftig nicht verzichtet werden kann, ist allerdings pragmatisch und instrumentell.

Damit werde aber weder die Bildungskrise noch die Klimakatastrophe überwunden. Um die Krisen, in denen wir uns befinden, als Bildungs Herausforderungen zu begreifen, sei eine kritische Vernunft unverzichtbar. – Und zugleich sei sie praktischer und brauchbarer als die neue Methodendynastie von der letzten Digitalisierungsförderung.

Für weitere Details verweisen wir auf die nächste FLZ.

### Zur Person:

Andreas Helgermann (1960), Dr. theol., Lehrer an einem Berufskolleg in Münster mit den Fächern Deutsch und katholische Religionslehre, Mitarbeit im Arbeitskreis Re-

ligionslehrer\_innen im Institut für Theologie und Politik in Münster, Arbeitsschwerpunkte: neoliberale Bildung, instrumentelle Vernunft, befriedende Pädagogik (Paulo Freire).

### Zuletzt veröffentlicht:

kompetent, flexibel, angepasst. Zur Kritik neoliberaler Bildung (2018) und zusammen mit dem AK Religionslehrer\_innen im ITP: Künstliche Intelligenz oder kritische Vernunft. Wie Denken und Lernen durch die Digitalisierung grundlegend verändert werden (2020); Aufsätze zu Klima, Bildung, Digitalisierung, instrumentelle Vernunft

AG Ökonomisierung des Bildungswesens



## Zum Nachdenken ...

### Tatsächlich ... Liebe – oder auch nicht

Wenn Sie diesen Artikel heute lesen, wünschen Sie sich danach, Sie hätten es lieber bleiben lassen. Dabei geht es nur um ein kleines Wort. Kein Satz, kein ganzer Text, nein. Es ist nur ein kleines Wort, das meine Welt verändert hat. Es ist über- und ab jetzt werden auch Sie es nicht mehr überhören oder -lesen können. Dieses Wort steckt sogar schon in der Überschrift.

Na, schon entdeckt?!

Wäre es das Wort Liebe, hätte ich kein schlechtes Gewissen Ihnen gegenüber. Liebe darf gesagt, gehört und gelebt werden egal wie oft, wie intensiv und wie bunt. Liebe hat seine Daseinsberechtigung immer und überall. Von Liebe kann man nicht genug bekommen und geben.

Anders verhält sich es mit dem Wort tatsächlich.

Jetzt wundern Sie sich und die SprachwissenschaftlerInnen und DUDEN-Fans unter uns geraten ins Grübeln. Dieses kleine Adjektiv bestehend aus drei Silben, dessen Betonung vorn liegt, und eine klare Bedeutung hat, nämlich als Tatsache vorhanden; wirklich, real und/oder faktisch. Was soll daran so furchtbar sein?!

Im Grunde ist das Wort harmlos, fast schon unschuldig und kann sicher nichts dafür, dass es seit geraumer Zeit so oft und meist völlig fehl am Platz verwendet wird. Um das Ganze etwas zu veranschau-

lichen, skizziere ich kurz meinen heutigen Tagesverlauf: Ich schalte nach dem Aufstehen das Radio ein und höre, dass es heute tatsächlich Regen geben soll. Das Moderatorenteam tauscht sich noch kurz über die tatsächlich hohen Mieten in Frankfurt aus, um dann tatsächlich den neuen Song von Taylor Swift zu spielen. In der Schule angekommen ist heute tatsächlich das halbe Kollegium krank und die verbleibenden Lehrkräfte versuchen tatsächlich den Tag zu retten. Tatsächlich schmeckt der Kaffee so wie jeden Tag. In der Gesamtkonferenz scheinen sich manche KollegInnen tatsächlich ein tatsächlich-Rennen zu liefern, in dem sie immer häufiger und sinnfreier das Wort in ihren Vorträgen einbauen. Auffällig ist dabei die Proportionalität: Je weniger Inhalt, desto mehr tatsächlich. Ebenso ist Unsicherheit ein absoluter tatsächlich-Aufweizer. Auch die Schulleitung beginnt ihre Ausführungen gern mit einem schlecht platzierten tatsächlich-Opener, so dass mir schon ganz schwindelig wird. Als ich nach der Schule meine Tochter im Kindergarten in Empfang nehmen möchte, rufft es laut aus einem Kindermund: „Du bist tatsächlich abgeholt.“ Und mein Mann (er kennt meine tatsächlich-Abneigung bereits) ärgert mich mit einem kleinen „Ich-hätte-tatsächlich-Lust-auf-Pizza“-Willkommensgruß. Nur mein Hund zeigt sich ruhig und somit barnherzig.

Der tatsächlich-Gebrauch macht vor niemandem Halt: Alter, Herkunft, Religion, Bildungsgrad – ich konnte noch kein erkennbares Muster herauslesen. Fest steht, jedes Tatsächlich lässt meine Ohren klingeln und raubt mir mittlerweile den Verstand. Sie glauben mir nicht? In Ordnung, unterziehen Sie sich einem kleinen Selbstversuch: Schalten Sie den Fernseher ein und springen Sie bei jedem „tatsächlich“ ein Programm weiter. Ich bin relativ zügig in Sphären meines TV-Programms vorgestoßen, die ich bisher nicht kannte. Auch eine Challenge, diesmal im realen Talk: Jedes „tatsächlich“ mit einem fragenden „Tatsächlich?“ erwidern. Die Gespräche werden tatsächlich sehr merkwürdig und zunehmend inhaltlos.

Und darauf möchte ich im Grunde hinaus: Hören wir auf damit, unseren Worten durch den sinnfreien Gebrauch von Füllwörtern den Inhalt zu verwässern. Bedienen wir uns lieber einer reichen Sprache und achten gerade als PädagogInnen darauf, dass wir gute Sprachvorbilder sind und Kindern (und Erwachsenen um uns herum) die Vielfalt von Sprache näherbringen. Dann wird möglicherweise auch ein kleines Wort IN DER TAT wieder das, was es mal sein sollte.

KERNgeschehen  
(in eigener Sache) ☺

## Wissenschaft – Verstehen – Handeln – auch eine Maxime der GEW

Nach der 2017 bei BELTZ Juventa erschienen „Einführung in die Kinderpolitik“ durch den Verfasser haben sich national wie international neue Entwicklungen des Forschungsfeldes ergeben, die eine tiefgründige Untersuchung notwendig machen, schreibt Michael Klundt in der Einleitung zu seinem neuen Werk.

Michael Klundt ist auch in der GEW als Referent und Publizist kein Unbekannter. Zuletzt haben wir seine Beobachtungen der Auswirkungen der Coronapolitik auf Kinder und Jugendliche referiert.

Klundt schreibt weiter: „Dort, wo sich Politik mit den Lebenslagen und den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen beschäftigt sowie (gesellschaftliche Bilder von) Kind(e)nt(en) beeinflusst, müssen sich Kindheitswissenschaften und speziell Kinder-Politikwissenschaft damit befassen. Dort, wo sich Kinder, Jugendliche, Kinderrechtsorganisationen und Jugendverbände mit politischen Themen, Ursachen und Folgen für ihr Leben auseinandersetzen, sollten wissenschaftliche Kinderpolitik und Kindheitswissenschaften ebenfalls analytisch und kritisch ihren Fokus setzen. Darum bemüht sich auch diese Publikation, wenngleich auch sie nur einen geringen Ausschnitt des breiten Feldes kinderpolitischer Themen beleuchtet.“

Und weiter: „Wenn es durch diese Publikation ein wenig gelingt, die Entstehung, Entwicklung und Zusammenhänge von Themen und Problemen wissenschaftlicher Kinderpolitik deutlich zu machen und damit Handlungsfähigkeit für die unterschiedlichen Akteursgruppen sichtbar wird, wäre das ein für den Verfasser erfreuliches Unterfangen. Denn diese Veröffentlichung zielt auf das Bemühen um Verstehbarkeit, Begriff- und Veränderbarkeit der von Menschen gemachten Verhältnisse. Alle Zahlen, Daten, Fakten sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Erarbeitung von Verstehensprozessen über die Entstehung und Entwicklung, die Wechselwirkungen und Zusammenhänge von Themen, Thesen, Sachverhalten und Strukturen (Wandel, Wechselwirkungen, Widersprüche herauszuarbeiten). Die Befähigung der Lesenden, ihre eigene Eingebundenheit in Herrschafts- und Machtverhältnisse und gesellschaftliche Gewordenheit



Michael Klundt: Vergleichende Kinderpolitik-Wissenschaft. Kinderrechte und Kinderarmut in Corona-Zeiten, Reihe Studienmodule Kindheitspädagogik, 2022 (Beltz Juventa), 246 S., ISBN 978-3-7799-6439-1, EUR 29,95

eigener ideologischer Denkstrukturen zu reflektieren sowie Handlungsmöglichkeiten zur Gestaltung und Veränderung dieser Verhältnisse, wären ein solches Lehr-/Lernziel. Im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (1948), dem UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1967) und der UN-Kinderrechtskonvention (1989) verbinde ich Bildung mit Befreiung, Emanzipation, Persönlichkeitsentwicklung und erst danach auch mit Ausbildung für den Arbeitsmarkt. Wobei die ständige kritische Reflexion theoretisch-praktischer Berufserfahrungen selbstverständlich Thema aller Texte sein sollte. Somit besteht das Ziel so wohl in der Demokratisierung sowie dem Abbau von Unterdrückung und sozialer Ungleichheit, als auch in der Überwindung sozialer Ausgrenzung durch Ausweitung gesellschaftlicher und demokratischer Teilhabe an gesellschaftlichen Verhältnissen, die von Menschen gemacht und somit auch von Menschen veränderbar sind.“ (Redaktion)

\*\*\*

**DIE LINKE unterstützt die Forderung des Kinderschutzbundes nach 100 EUR für jedes Kind in Armut**

Auch in Hessen lebt fast jedes vierte Kind und jeder vierte Jugendliche in einer armutsbetroffenen Familie. Bund und Land müssen endlich einen Schwerpunkt auf die Reduzierung von Kinder- und Jugendarmut legen. Dafür braucht es eine Landesregierung, die die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt und ausbaut, denn auf diese sind insbesondere sozial benachteiligte Menschen angewiesen.

Aus der Pressemitteilung der Linken im Landtag vom 2. 1. 2023